

BULLETIN

NUMMER 1 | März 2014



-
- * 6 Glencore - In Glasenbergs PR-Zirkus *
 - * 7 Mindestlohn - Mindestens viertausend *
 - * 14 Regierungsrat - «Ich habe einen der besten Jobs» *
 - * 18 Majorz - Alle linksgünen Stimmen mobilisieren *
 - * 20 Kampfjet - Niemand will die Gripen *
-

2

3 Editorial
Wortwahl

4 Migration
Mehr als 49,7 Prozent

6 Glencore
In Glasenbergs PR-Zirkus

7 Mindestlohn
Mindestens viertausend

8 Freiwilligenarbeit
Dankeschön!

9 Risch
Uferlos

10 Schulraum
Zug West platzt aus allen Nähten!

12 Gemeinderat
Von grosser Empörung zu grobem Unfug

13 Bausünden
Baurechtliche Sandburgen

14 Regierungsrat
«Ich habe einen der besten Jobs»

18 Majorz
Alle linksgrünen Stimmen mobilisieren

19 Kantonsrat
Gläserne Verwaltung

20 Kampfjet
Niemand will die Gripen

21 FABI
Mehr Zug für Zug

22 Südafrika
Alternative gegen Apartheid

25 Serviceteil
Frontal
Büchermail
Veranstaltungen
Adressen
Impressum



«Eine neue Statistik: Die reichsten 1 Prozent der Menschen auf diesem Planeten besitzen 46 Prozent des Weltreichtums...» – «46 Prozent?! Warum sitzt Ihr untätig herum? Es gibt noch 54 Prozent zu tun!»

«Mission statement»

Das BULLETIN des alternativen Zug wird von folgenden Gruppen getragen:

- Alternative – die Grünen Baar
- Alternative – die Grünen Menzingen
- Alternative – die Grünen Unterägeri
- Alternative – die Grünen Stadt Zug
- Alternative – die Grünen Zug
- Forum Oberägeri
- Gleis 3 Alternative Risch-Rotkreuz
- Grüne Steinhausen
- Krifo Alternative Cham

Das BULLETIN setzt sich mittels seiner Publikationen ein für die Förderung und den Erhalt von Lebensqualität im Sinne von:

- Sozialer Gerechtigkeit, Schutz von sozial Benachteiligten
- Ökologischer Nachhaltigkeit, Schutz von Lebensräumen und der Natur

- Gleichwertigkeit von Geschlecht und Rasse
- Verantwortung des Einzelnen gegenüber der Gesellschaft und Verantwortung der Gesellschaft gegenüber dem/der Einzelnen.

Die Redaktion recherchiert zu politischen und gesellschaftlichen Themen nach bestem Wissen und Gewissen. Sie nimmt aktuelle Themen der alternativen Gruppierungen aus den einzelnen Zuger Gemeinden auf. Das BULLETIN fördert das politische Bewusstsein der Bevölkerung und trägt zur Meinungsbildung bei.

Redaktion und Herausgeberverein
«Das BULLETIN»

Wortwahl

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN | Bild Paula Gisler

Den folgenden Spruch habe ich mir bei meinem letzten Urlaub in einem englischsprachigen Gebiet abgeschrieben: When nothing goes right, vote left. (Abwandlung von: When nothing goes right, go left) Ausnahmsweise stand mal etwas Sinnvolles auf einer WC-Türe!

Mit diesem BULLETIN wollen wir den Start ins Wahljahr 2014 unterstreichen und fangen mit einem Portrait unserer Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard an. Auf vier Seiten kann man nachlesen, wie sie arbeitet und was sie beschäftigt. Sie hat etwas zu sagen! Nicht reisserisch kommt das Interview daher, sondern nüchtern und sachlich. So wie ich mir Politik sehr wünsche. Ich wähle sie wieder, weil sie mich überzeugt. Lassen Sie sich auch überzeugen.

Sorgen Sie vor, damit die Personen und Inhalte, die Sie wollen, am Schluss auch gewählt sind. In diesem BULLETIN finden Sie auf Seite 18 eine ausgezeichnete Erklärung, worauf man bei den nächsten Wahlen achten muss. Denn die Exekutivmitglieder von Kanton und Gemeinden werden neu im Majorzverfahren gewählt. Das ist für die kleineren Parteien eine zusätzliche Hürde, denn mit jeder Linie, auf die man einen Namen schreibt, erhöht sich das absolute Mehr. Sie helfen den Alternativen – die Grünen also, wenn Sie keine KandidatInnen von CVP, FDP, SVP und GLP auf Ihre Wahlliste schreiben. Die anderen Linien bleiben besser leer. Alleine mit diesem Wahlverhalten wird schon viel erreicht. Doch dieses Wissen muss sich erst noch etablieren. Helfen Sie mit, indem Sie es weiterverbreiten ...

... und man kann noch sehr viel mehr tun. Ab Sommer 2014

werden Inserate für die Kandidierenden in Zeitungen und anderen Werbeträgern aufgeschaltet. Man kann mit seinem Namen oder mit Barbetragen dafür sorgen, dass die Alternativen – die Grünen im ganzen Kanton präsent sind. Aktives Mitgestalten bei den Grünen – Alternativen könnte eine weitere Form der Unterstützung sein.

Der legendäre Sponsorenlauf findet am 20. September statt. An diesem Tag legen sich interessierte und engagierte Menschen vor traumhafter Kulisse am Vorstadtquai in Zug ins Zeug, um auf Inline-Skates, Turnschuhen oder im Pedalo ihre Runden zu ziehen. Dabei ist Geld im Einsatz! Wer mehr Einsatz pro Runde hat, muss sich weniger anstrengen oder umgekehrt. Oder strengt sich eben gerade erst recht an, denn Geld sammeln ist das Ziel. Wie man sich vorstellen kann, können die Linken – im Gegensatz zu anderen Parteien – nicht auf finanzstarke InvestorInnen und UnternehmerInnen zählen.

Das BULLETIN erscheint seit 1986 viermal jährlich. Die letzten 83 Nummern kann man unter bulletin-zug.ch online nachlesen. Es wird von einem Redaktionsteam und zahlreichen AutorInnen ehrenamtlich in unzähligen Stunden hergestellt. Wir sind überzeugt, dass gerade der Kanton Zug diese linke Stimme braucht. Die Abonnementszahlungen unserer treuen LeserInnen finanzieren uns die Druckausgabe. Sie haben eine Ausgabe der ersten Grossauflage in Händen. Gratulation!



3

Die Autorinnen und Autoren des BULLETIN nehmen den Spruch WHEN NOTHING GOES RIGHT, GO LEFT (wenn etwas nicht klappt, soll man es auf andere Weise versuchen) seit Jahren ernst und widersetzen sich sachlich, investigativ und dossierfest den hiesigen Rohstoffhändlern und anderen Steuerparadiesvögeln. Darüber hinaus rücken sie mit ihren Artikeln die soziale Gerechtigkeit und Benachteiligte in den Fokus und machen sich stark für die ökologische Nachhaltigkeit und den Schutz unserer Lebensräume und der Natur.

Das BULLETIN ist das gallische Dorf unter den Zuger Medien: Ganz Zug ist von der kurzfristig denkenden Wirtschaftselite besetzt. Ganz Zug? Nein! Eine von unbeugsamen ZugerInnen produzierte Zeitschrift hört nicht auf, Widerstand zu leisten!

Übrigens: Das BULLETIN kann man abonnieren! ■

Mehr als 49,7 Prozent

Alex Capus, freier Schriftsteller | Bilder Grüne Schweiz

4 **Wie weiter nach dem knappen JA zur Masseneinwanderungsinitiative? Den demokratisch gefällten Volksentscheid können und wollen wir nicht rückgängig machen. Trotzdem dürfen und werden wir im Kampf gegen fremdenfeindliche und unfaire Politik nicht die Kraft verlieren und nicht von unseren Grundsätzen abkommen – zumal mit der grünbraunen Ecopop-Initiative bald schon ein um ein Vielfaches heftigerer Vorschlag zur Abstimmung kommen wird. Am 1. März haben rund 12'000 Menschen ein erstes Ausrufezeichen gesetzt und in Bern friedlich für eine offene und solidarische Schweiz demonstriert. Der Schweizer Schriftsteller und Kolumnist Alex Capus hat für diesen Anlass eine Rede geschrieben:**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Es geht ein neuer Kampf durchs Land: «Wir sind die 49,7 Prozent!»

Ich verstehe, was damit gemeint ist: Die 49,7 Prozent sind jene, die am 9. Februar verloren haben – jene, die mit ihrer Stimme eingestanden sind für eine weltoffene und solidarische Schweiz.

Aber stimmt das auch? Nein, es stimmt nicht. Zum Glück nicht.

Denn es ist nicht wahr, dass 50,3 Prozent des Schweizer Stimmvolks Isolationismus und Fremdenfeindlichkeit gutheissen. Es stimmt keinesfalls, dass 50,3 Prozent unser Land in eine Zweiklassengesellschaft aufteilen wollen: In Schweizer Bürger, die Kraft ihrer Geburt Vorrang auf dem Arbeitsmarkt haben, und in Plebejer ohne Bürgerrecht, die sich hinten anstellen müssen, auch wenn sie hier geboren sind und ihr ganzes Leben hier verbracht haben.

Das kann nicht sein, so hat es das Stimmvolk nicht gemeint. So steht es aber im Initiativtext. So und nicht anders. Schwarz auf weiss. Soll das Volksbegehren buchstabengetreu umgesetzt werden, muss sich die Schweiz in eine Art milden Apartheid-Staat verwandeln.

Ich sage es nochmal: Das kann die Mehrheit der 50,3 Prozent nicht ge-

- Zum Protest gegen den Mobilitätswahn.
- Zum Protest gegen die Zersiedelung und Verschandlung der Landschaft.
- Zum Protest gegen immer mehr Druck am Arbeitsplatz.
- Zum Protest gegen Dumping-Löhne.
- Zum Protest gegen das Gefühl der Entwurzelung in einer globalisierten Welt.



Rund 12'000 Menschen demonstrierten in Bern für eine offene und solidarische Schweiz.

wollt haben. Mag sein, dass manche beim Studium der Vorlage die Passage mit dem Schweizervorrang überlesen haben. Und gewiss hatten viele bei dieser Abstimmung nicht in erster Linie das Thema Einwanderung im Blick, sondern haben die Gelegenheit zum Protest benutzt:

- Zum Protest gegen den gefühlten Dichtestress, von dem im Vorfeld des Urnengangs so viel die Rede war.

- Zum Protest gegen soziale Unsicherheit.
- Zum Protest gegen dieses Europa, das ganze Volkswirtschaften unter die Knute deutscher und französischer Banken zwingt.

Das Verdikt vom 9. Februar war nicht einfach nur ein fremdenfeindliches Votum für rückwärtsgewandte Abschottung. Es war, so behaupte ich, auch eine Protestnote gegen die neoliberale Verrohung des gesell-

schaftlichen Lebens in entfesselten Märkten.

Schauen wir uns die Tatsachen an: Die SVP hat einen Stimmenanteil von 20 oder maximal 30 Prozent. Sie ist weit von 50,3 Prozent entfernt. Gewiss kamen viele Ja-Stimmen auch von halbrechts und aus der bürgerlichen Mitte. Aber manches Ja, so steht zu vermuten, kam auch aus den Reihen von SP und Grünen. Dieses Ja vom 9. Februar war in einer Minderheitsposition nicht zuletzt ein linksgrüner Protestruf – wenn auch ein verunglückter.

Vertiefte Analysen werden vermutlich ergeben, dass ohne den Beistand von Linksrün ein Sieg der Abschottungsinitiative nicht möglich gewesen wäre. Falls das so ist, müssen wir uns den Tatsachen stellen. Und daraus für die Zukunft lernen.

Was ist also passiert? Ich denke, wir haben am 9. Februar einem allgemeinen Unbehagen Ausdruck gegeben. Viele von uns haben die sogenannte Masseneinwanderungsinitiative zum Anlass genommen, einfach mal auf den Tisch zu hauen, das ist unser demokratisches Recht. Das Problem ist nur, dass wir mit einem einzigen Faustschlag ziemlich viel Geschirr zerbrochen haben. Weil die Initiative zu viele Dinge miteinander vermischte, die nichts miteinander zu tun haben.

Denn es ist ja nicht wahr, dass an sämtlichen Missständen in diesem Land die Immigranten schuld sind. Das ist doch barer Unsinn.

Sind etwa die Ausländer daran schuld, dass unsere Züge überfüllt und die Autobahnen verstopft sind? Natürlich nicht. Der Nahverkehr kollabiert, weil die Arbeitsplätze nicht mehr da sind, wo die Menschen wohnen. Und weil wir zum Einkaufen auf die grüne Wiese fahren. Und weil wir

Mobilität für das unverzichtbarste aller Konsumgüter halten.

Ist etwa die Einwanderung verantwortlich für die Zersiedelung der Landschaft? Sind es die Ausländer, welche unsere Wiesen zubetonieren? Natürlich nicht. Es ist die hiesige Immobilien- und Baubranche, die von einer mangelhaften Raumplanung profitiert. Und es sind die Pensionskassen und Versicherungen, die wegen unseres verfehlten Dreisäulensystems in der Altersvorsorge genötigt sind, die gewaltigen Guthaben schweizerischer Arbeitnehmer in grossen Überbauungen anzulegen.

Sind es die Immigranten, welche mit Lohndumping das Einkommen der hiesigen Arbeitnehmer gefährden? Natürlich nicht. Es sind die Arbeitgeber, die mit Lohndrückerei ihre Gewinne maximieren.

Und schliesslich Europa: Geht wirklich von der Union die grosse Gefahr aus? Natürlich nicht. Die EU ist seit



ihren Anfängen in erster Linie ein Instrument der Friedenssicherung – und ein höchst erfolgreiches noch dazu. Noch nie in seiner Geschichte war dieser blutgetränkte Kontinent so

friedfertig und wohlhabend wie heute, das sollten wir nicht vergessen.

Das sind unsere Wahrheiten, die wir vielleicht in letzter Zeit zu wenig kraftvoll vertreten haben – vielleicht aus Ratlosigkeit gegenüber dem Gepolter der Populisten, vielleicht auch aus Müdigkeit nach zwanzig Jahren neoliberaler Gehirnwäsche. Wenn ich mich nicht täusche, könnte aber der 9. Februar auch das Datum sein, an dem ein Weckruf durch unser Land ging. Denn wenn ich mich nicht täusche, wird seit dem 9. Februar diskutiert wie schon lange nicht mehr. Man wagt es wieder, Themen aufs Tapet zu bringen, die viele Jahre lang geradezu Tabu waren: Europa! Freiheit! Gerechtigkeit! Umweltschutz! Die Grenzen des Wachstums!

Über all das ist in den letzten Wochen intensiv diskutiert worden. Und wenn daraus nur schon resultiert, dass das vorherrschende Unbehagen kein allgemeines und diffuses mehr ist, sondern ein konkretes und benennbares, dann ist schon ein grosser Schritt getan. Die Suche nach einem Modus des Zusammenlebens mit den europäischen Nachbarn wird in nächster Zeit das wichtigste Thema schweizerischer Politik sein. Und es erscheint absehbar, dass weitere europapolitische Urnengänge folgen werden.

Dann wird es darauf ankommen, dass wir uns nicht mehr auf Stellvertreter-Diskussionen und Scheingefechte einlassen, sondern die Dinge beim Namen nennen und uns mutig für unsere Werte einsetzen.

Selbstverständlich kommt eine Wiederholung der Abstimmung vom 9. Februar nicht in Frage. Aber heute schon, so behaupte ich, würden wir sie mit grossem Abstand gewinnen.

Denn wir sind nicht die 49,7 Prozent. Wir sind sechzig, siebenzig oder fünfundsiebzig Prozent. ■

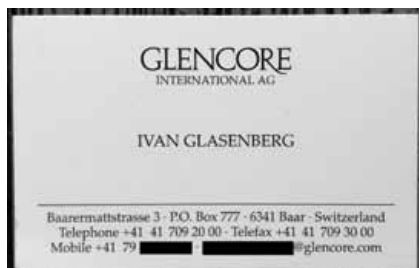
In Glasenbergs PR-Zirkus

Jolanda Spiess-Hegglin | Bilder Jolanda Spiess-Hegglin

6 Zugegeben: Ein wenig reut es mich. An diesem Morgen des 18. Februar 2014 hätte ich mich ganz offiziell vom vielbestaunten Glencore-ZVB-Büssli ins Headquarter chauffieren lassen können. Stattdessen holte ich Andi Lustenberger am Bahnhof in Baar ab, sodass wir noch die letzten Abläufe besprechen oder uns vielleicht auch nur etwas ablenken konnten. In ein paar Minuten werden wir Ivan Glasenberg treffen.

Anfangen hat alles mit meiner Einzelinitiative, welche ich in den Grossen Gemeinderat der Stadt Zug gebracht hatte. Ich beantragte analog der Spenden-Bewegung im Säuliamt 100'000 Franken an Hilfswerke in den betroffenen Regionen zu spenden.

Natürlich wurde die Initiative im GGR ziemlich verrissen. Am lautesten wettete die Grünliberale Partei mit Michèle Kottelat: «Man soll die fetten Kühe in Zug nicht verkaufen.» Wenigstens hat sie damit den Unterschied zwischen Grün und Grünliberal gleich selbst definiert.



Der mächtige Rohstoffhändler.

Fast eine Homestory

Die Einladung von Glencore kam per Mail, welches ich eine Sekunde nach Empfang bereits gelöscht hatte, in der Annahme, es handle sich um Spam. Wieder hergestellt, realisierte ich, dass sich Glasenberg mit mir treffen will. Nach einem SMS an Andi Lustenberger war klar, dass er mitkommen würde. Eher zufällig erfuhr ein Journalist der «Zuger Zeitung» vom Treffen. Er machte eine Titelgeschichte daraus, welche den Stein ins Rollen brachte. Nach vielen Medienauskünften musste ich die Notbremse ziehen, als die Schweizer

Illustrierte eine Homestory machen wollte. Das wäre dann wohl zu viel gewesen.

Teppichetage

So warteten Andi und ich vor dem Glencore-Hauptsitz noch auf Stephan Suhner von der Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien. Er war heute unser Backup, unser Wissen vor Ort, für den Fall, dass Glasenberg uns Märchen aus Afrika und Südamerika erzählen will, was anzunehmen war. Als wir komplett waren, gingen wir durch die Schiebetür und wurden von einer Dame in die Teppichetage geführt.

Ein ehemaliger Kollege vom Turnverein empfing uns und machte uns mit der PR-Verantwortlichen, einer Juristin und dem Nachhaltigkeitschef bekannt.

Etwas verspätet und leicht gestresst kommt er ins Sitzungszimmer und unterbricht unseren Smalltalk. So sieht er also aus, Ivan Glasenberg, mindestens einen halben Kopf kleiner als ich. Schrille Stimme, ein Pflaster auf der Nase. Wie auf Kommando setzen sich alle an den grossen, ovalen Tisch. Ich bin die letzte, weil ich wiederum meinen Kugelschreiber nicht finde. Inzwischen wird der mittelmässige Kaffee serviert. Ivan Glasenberg beginnt und bedankt sich auf Englisch bei uns, dass wir gekommen sind. Ich bedanke mich für die Einladung, auf Deutsch, um dann gleich die Sache mit der Sprache zu klären. Ich wurde im Vorfeld darauf hingewiesen, dass Englisch gesprochen wird. Da Glasenberg aber Schweizer ist und offenbar sogar Deutsch spricht, erlaube ich mir, diese Weisung nicht zu befolgen.

«All the best»

Uns wurde ein 4 cm dickes Heft vorgesetzt, mit Hochglanzfotos von schönen Menschen, welche in sauberer Arbeitskleidung und mit perfekten Zahnstellungen in die Kamera lachten. Glencore investiere «billions of Dollars» in die Minen, die Leute würden sich darum reissen, dort schürfen zu dürfen.

Die Frage, wie viel Steuern der Konzern jeweils bezahlt, blieb unbeantwortet. Glasenberg fragte mehrmals: «Why don't you believe us?» Es klang wie die Frage eines kleinen Kindes, welches zu Hause den Schoggi vorrat geplündert hat.



Der Fotograf der «Zuger Zeitung» erwartete uns vor dem Eingang.

Wir diskutierten zwei Stunden, doppelte so lang wie vorgesehen. Als wir uns verabschiedeten, wünschte mir Ivan Glasenberg «all the best». Das kann ich gebrauchen, die Nuss ist nämlich noch lange nicht geknackt. Wir verliessen das weisse Gebäude und der Fotograf der «Zuger Zeitung» erwartete uns vor dem Eingang. Andi und ich liessen uns fotografieren, bis, wen wundert's, ein Security in raschem Schritt etwas von Verbot sagte und uns vom Gelände jagte. Das war er, unser Auftritt in Glasenbergs PR-Zirkus. ■

Mindestens viertausend

Roman Gugger, Co-Präsident Junge Grüne Bern, Gewerkschaftssekretär SEV | Bild BULLETIN

Man könnte meinen, dass in dem kleinen mitteleuropäischen Alpenland, welches zu den reichsten Ländern der Welt gehört, kaum Tiefstlöhne bezahlt würden. Doch leider ist die Realität eine andere: Rund 9 Prozent aller Beschäftigten in diesem reichen Land, das sind 330'000 Arbeitnehmende, verdienen bei voller Arbeit weniger als 48'000 Franken im Jahr, weniger als 4'000 Franken monatlich. 330'000 hart arbeitende Menschen verdienen unwürdig wenig, es ist eine Schande!

Am 28. Mai stimmen wir in unserem kleinen, reichen Land über die Mindestlohn-Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB) ab. Die Initiative, welche zum einen per Gesetz einen monatlichen Mindestlohn von 4'000 Franken für Vollzeitarbeit und zum anderen die gezielte Förderung von Gesamtarbeitsverträgen (GAV) vorsieht, hat das Ziel, die Arbeits- und Lebensbedingungen von prekär-beschäftigten auf ein würdiges Mindestniveau zu heben. Warum aber brauchen wir einen Mindestlohn per Verfassung? Die Antwort ist einfach: Die von den Arbeitgebern jeweils dann, wenn sie ihnen dient, hochgepriesene Sozialpartnerschaft versagt in gewissen Branchen. Einige Arbeitgeber verwehren sich der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften vollends und lehnen Gesamtarbeitsverträge ideologisch kategorisch ab. Nur rund die Hälfte aller Arbeitnehmenden untersteht einem GAV und profitiert dadurch von einem gewissen Schutz vor Lohn- und Sozialdumping.

Ein starkes Land braucht faire Löhne

Den Reichtum in der äusserst wohlhabenden Schweiz haben gut ausgebildete Arbeitnehmende geschaffen. Trotzdem verdient fast jede/r zehnte weniger als 4'000 Franken im Monat. Ein Leben in Würde mit einem solchen Tiefstlohn ist äusserst schwierig. Entgegen der weitverbreiteten Meinung hat ein Drittel der Betroffenen eine Lehre abgeschlossen und die grosse Mehrheit, nämlich drei Viertel, sind über 25 Jahre alt. Es

leiden also grossmehrheitlich erfahrene Berufsleute unter Tiefflöhnen von weniger als 22 Franken pro Stunde. Diesen Leuten bleibt die Teilhabe am Wohlstand unseres Landes schlicht verwehrt. Viele betroffene Menschen kommen in der teuren Schweiz mit ihrem Geld kaum über die Runden. Äusserst schwierig wird es für diejenigen, die Kinder haben. Bereits eine unvorhersehbare Ausgabe wie z.B. eine Arztrechnung kann die Finanzen dieser Menschen grob aus dem Gleichgewicht schmeissen.

Starke Löhne schaffen Arbeitsplätze

Bereits als die Gewerkschaften Ende der 90er-Jahre die Forderung «keine Löhne unter 3000 Franken» stellten, legten die Arbeitgeber und Wirtschaftsvertreter die gleiche Platte auf wie heute. Sie prophezeiten mehr Arbeitslosigkeit. Sie führen ihr Angebot- und Nachfragespiel in den Ring: Würde die Arbeit verteuert, werde die Nachfrage nach Arbeit sinken. Heute, rund 15 Jahre nach der 3'000-Franken-Forderung der Gewerkschaften, gibt es kaum mehr Löhne unter 3'000 Franken und es gibt mehr Arbeitsplätze als anno dazumal. Arbeit wird nicht nur aufgrund des höheren Preises nicht mehr benötigt. Und heute schreitet der Mindestlohn dort ein, wo der Markt zu Ungunsten der Arbeitnehmenden versagt: Mit dem Mindestlohn werden die schwarzen Schafe unter den Arbeitgebern gezwungen, ihre Tiefflöhne anzuheben. Sie machen wohl etwas weniger Gewinn, dafür haben aber Angestellte mehr

7

**Starkes Land.
Faire Löhne.**

JA 

**zum Lohnschutz
zum Mindestlohn**

Abstimmung vom 18. Mai 2014 

Lohn. Das wiederum schafft Kaufkraft und Arbeitsplätze. Der Mindestlohn schützt vor Billigkonkurrenz und Lohndumping.

Mehr AHV-Einnahmen, weniger Sozialkosten

Mit höheren Löhnen werden auch mehr AHV-Einnahmen generiert: 118 Millionen Franken jährlich, nach konservativer Schätzung. Über alle Sozialversicherungen hinweg beträgt der positive Effekt sogar 296 Millionen Franken im Jahr. Denn die Sozialhilfe wird entlastet, wenn mehr Leute von ihrem Lohn leben können. Das wäre nicht nur fair und würde das Selbstwertgefühl von Betroffenen steigern, sondern auch alle Steuerzahlenden entlasten. ■

Dankeschön!

Marianne Schmid, Gemeinderätin Grüne Risch-Rotkreuz | Bilder Marianne Schmid

8 Am 5. Dezember wird seit 1986 der Internationale UNO-Tag der Freiwilligen gefeiert. Auch in der Schweiz werden jährlich 640 Millionen Stunden freiwillig und unentgeltlich geleistet. Freiwilliges Engagement ergänzt und bereichert die bezahlte Arbeit in Sport, Kultur, Freizeit und Politik, im karitativen, kirchlichen und sozialen Engagement, in der Nachbarschaftshilfe und in Projekten für die Umwelt und Menschenrechte. Ohne Freiwilligenarbeit steht die Gesellschaft still.

Frischer Schnee lag auf dem Dorfplatz, es duftete nach Zimt und Glühwein, als am 30. November des vergangenen Jahres der Weihnachtsmarkt auf dem Dorfplatz Rotkreuz stattfand. Die Stimmung war feierlich, gerade richtig, um sich zu besinnen und sich dabei zu fragen: «Wem

re hinweg für Nachbarn und Freunde da sind, dass man ihr Wirken im Alltag vielleicht gar nicht bewusst wahrnimmt. Der UNO-Tag der Freiwilligen bietet eine hervorragende Gelegenheit, diesen stillen Helferinnen und Helfern offiziell Danke zu sagen.



Conny Peter: «Zeit für meine Mitmenschen zu haben, bedeutet mir mehr als Materielles.»

bin ich eigentlich dankbar, und wofür?» Es schien, als ob sich auf diese Frage gar nicht so leicht eine Antwort finden liesse. Nicht, weil die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Gemeinde undankbar sind – im Gegenteil! Aus Gesprächen mit Jung und Alt ging hervor, dass es sehr viele Menschen gibt, denen ein Dank ausgesprochen werden müsste. Menschen, die mit einer solchen Selbstverständlichkeit und über viele Jah-

«Danke, dass du für mich da bist» Diese Worte zierte viele Dankeskarten, die Einwohnerinnen und Einwohner ausfüllten und der Gemeinwesenarbeit Risch übergaben. Am 5. Dezember wurden die Karten zusammen mit duftenden Rosen an die stillen Helferinnen und Helfern verteilt. Ich nahm die Gelegenheit wahr, einige Karten und den damit verbundenen Dank persönlich zu überreichen. Die besuchten Frauen und Männer strahlten übers ganze Gesicht, als sie das Dankeschön entgegen nehmen durften. Die verdankten Hilfestellungen erstrecken sich von nachbarschaftlichen Diensten wie Kinder hüten oder ins Spital fahren bis zu regelmässigen Tätigkeiten für Vereine oder Kirchgemeinden. Was ist die Motivation für dieses Engagement? Einerseits wurde diese Frage oft damit beantwortet, dass es doch natürlich sei, dass man für die Mitmenschen da ist. Man gibt, ohne dafür etwas zu erwarten. Andererseits zeigte sich bei genauerem Nachfragen, dass man durch die Unterstützung von Mitmenschen ganz viel zurückerhält. Es bereitet Freude, für andere da sein zu können. Das gute Miteinander in der Nachbarschaft erhöhe die Lebensqualität. Man wolle Traditionen aufrechterhalten, wel-

che einem wichtig sind. Und Bruno und Erika Forster erklären, dass sie «durch die Zusammenarbeit mit anderen Menschen stets wieder etwas Neues lernen».

Weiter so!

Es gibt unzählige Gründe, weshalb sich der Einsatz für seine Mitmenschen lohnt. Eindrücklich ist, dass sich Einwohnerinnen und Einwoh-



Dora und Walter Meier: «Mit persönlichem Engagement erreicht man mehr als mit kommerziellen Absichten.»

ner der Gemeinde Risch über altersbedingte oder kulturelle Grenzen hinweg unter die Arme greifen. Dies ist ein klares Zeichen dafür, dass die Bevölkerung an einem guten Zusammenleben im Wohnumfeld interessiert ist und sich dafür einsetzt. Auf den ersten Blick mag dieser Einsatz vielleicht nicht gleich ersichtlich sein und «selbstverständlich» stattfinden. Das Durchführen dieser Aktion zum Tag der Freiwilligen hat jedoch gezeigt, wie kostbar die guten Taten für Freunde und Nachbarn sind. Umso bedeutsamer war denn auch der Dank, welcher überbracht wurde. Wir wünschen weiterhin ein gutes Wirken. ■

Uferlos

Redaktion BULLETIN | Bild Hanni Schriber-Neiger

Das Gleis3 Alternative Risch und viele Einzelne setzten sich für das freie Ufer im Gebiet Aabach ein sowie gegen die Umzonung und den Bebauungsplan, welche ein Ausbildungszentrum der Novartis hätten ermöglichen sollen. Es geht um die Realisierung einer Wertsteigerung des Grundstücks in der Grössenordnung von einer halben Milliarde Franken. Da das Ausbildungszentrum nicht realisiert wird, soll das geschützte Gebiet mittelfristig der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Speziell die öffentliche Begehbarkeit der Uferzone ist als Naherholungsgebiet für die Zuger Bevölkerung interessant.

Mit der Erklärung von Novartis vom Dezember 2013, das Ausbildungszentrum nicht realisieren zu wollen, ist die Gefahr natürlich nicht gebannt. Es ist klar, dass die Spekulationen um die Realisierung riesiger wirtschaftlicher Gewinne an den Seeufern und dem Aabach weitergehen und deshalb neue Vorlagen entwickelt werden. Weil der Plan der Überbauung von Aabach im offensichtlichen Widerspruch zu konkreten Bestimmungen (Kapitel S6: Spezialzonen) des kantonalen Richtplans steht, hätte der Plan nie und nimmer der Stimmbürgerschaft von Risch unterbreitet werden dürfen! Die Exekutivbehörden von Kanton und Gemeinde müssen sich nach dem Richtplan richten (deshalb sein Name!).

Aus dem Richtplan

Der Wortlaut der Richtplanbestimmung lautet: «Die Gemeinden können Zonen mit speziellen Vorschriften bezeichnen, um folgende historisch wertvollen Gebäude und Anlagen mit ihrer Umgebung zu erhalten und zu entwickeln: ...» es folgt u.a. «Landgut Aabach Risch». Und: «... die Zone ist klein zu halten und die denkmalpflegerischen Anliegen sind zu berücksichtigen ...» Es gibt weder Anspruch noch Belege, dass auf Gut Aabach historisch wertvolle Gebäude und Anlagen existierten, die zu schützen wären und deren Schutz also zusätzliche Bausubstanz erfordern könnten. So erstaunt nicht, dass in den Bestim-

mungen der Bau- und Zonenordnung und des Bebauungsplans kein Schutz irgendwelcher Gebäude und Anlagen festgeschrieben wurde.

Fragen über Fragen

Warum wurde dann das Landgut Aabach im Verlauf der kantonalen Richtplanung überhaupt in die Liste S6 aufgenommen? Was für Fachunterlagen existieren? Wer nahm Einfluss auf die Planung? Wie liefen die Diskussionen von Baudirektion und der Zuger Regierung mit dem Bundesamt für Raumplanung, welches zu S6 gewichtige Korrekturen verfügte? Weshalb war die Villa Göhner in der Phase der Richtplanung im Verzeichnis der schützenswerten Objekte? Weshalb wurde sie im Jahr 2005 nach der Genehmigung des Richtplans aus diesem Verzeichnis wieder entlassen? Diese Gegenstände behält die Baudirektion unter Verschluss. Die Affaire der Baudirektion, der Regierung, der Gemeinde ist auch eine Affaire der Medien, welche über die wichtigen Zusammenhänge des Richtplaninhaltes bis heute nicht eigenständig über die zentralen und oben erwähnten Fakten berichtet haben und den Behörden entsprechende Fragen gestellt hätten.

Der See gehört allen

Manch einer/eine hat zu Recht die Meinung: «Der See gehört allen!» Der Widerstand gegen die weitere Verbauung der Seeufer kann und darf nicht ausschliesslich Sache einzelner Bürger oder kommunaler Organisationen/Parteien sein, wo die Vorgaben auf den übergeordneten Ebenen angesiedelt sind. Die einschlägigen Bestimmungen des Raumplanungsgesetzes –

9



Natur wie hier am Zugerseeufer im Aabach ist für die Zuger Bevölkerung wichtiges Naherholungsgebiet.

Verhinderung der Zersiedelung und der Verbauung, Begehung und Zugänglichkeit der See- und Flussufer – sind im Interesse der ganzen heutigen Bevölkerung und der zukünftigen Generationen zu sichern. Im Falle des Landguts Aabach heisst das, dass:

- der Standort «Landgut Aabach» konsequent aus der Richtplanliste gestrichen wird
- auf politischer Ebene eine unabhängige Untersuchung der Vorgänge um S6 und Landgut Aabach erwirkt wird

Weitere Informationen finden sie unter: www.gleis3.ch (Umzonung – Gut Aabach – Risch) ■

Zug West platzt aus allen Nähten!

Jeannine Strässle, Mitglied Eltern-Lehrpersonen-Gruppe (ELG) Herti |
Bilder der Autorinnen

10

In der Stadt Zug wurde in den letzten Jahren rekordmässig gebaut. Im Stadtteil Zug West wurden mit den Grossüberbauungen Herti 6 und Feldhof sehr viele familienfreundliche Wohnungen realisiert. Die Schülerzahlen sind gestiegen. Im Feldhof war ursprünglich ein Kindergarten geplant, der trotz mehrfachen Nachfragen durch Interpellationen von der Seite der Alternativen nie realisiert wurde.



So ruhig ist es nur nach der Schule. In der Pause teilen sich 420 Kinder den Pausenplatz.

Da es bezüglich Schulraumplanung politisch in den letzten Jahren zu keiner Einigung kam, sieht die Realität jetzt so aus: Die Kindergartenkinder vom Feldhof gehen im Hertischulhaus in den Kindergarten, Kinder vom Herti 6 müssen zu einem beachtlichen Teil den Kindergarten im Letzi-Pavillon besuchen, da im Herti der Platz fehlt. Die drei Pavillons auf dem Herti-Areal werden bereits im nächsten Schuljahr kaum mehr ausreichen, um die weiter steigende SchülerInnenzahl zu bewältigen. Die gesamte Lehrerschaft kann sich nur noch in der Aula zu gemeinsamen Sitzungen versammeln, da die vorhandenen Lehrerzimmer zu klein geworden sind für die entsprechend den Schülerzahlen gewach-

sene Anzahl von Lehrpersonen. Für ein Zusammenkommen von allen Kindern des Herti-Schulhauses gibt es zurzeit keinen Raum im Schulhaus, der genügend gross wäre.

Kein Zentrumsschulhaus ...

Als Lösung für den mangelnden Schulraum hatte die Stadt einen Neubau/Umbau des Hertischulhauses geplant, der dringend notwendig gewesen wäre. Trotzdem waren viele Eltern nicht nur traurig, als der Gemeinderat den Neubau aus Kostengründen abgelehnt hatte. Ein grosses Primarschul-Zentrum mit sieben Kindergärten auf einem Stockwerk – ist das wünschenswert? Bereits vor dieser Abstimmung wurden im Jahre 2012 in einer Interpellation der Al-

ternativen/CSP gefragt, warum in Zug West vom Quartiersschulhausprinzip abgewichen werde und weshalb im Gebiet Schleife nicht ein Kleinschulhaus in die Planung aufgenommen werde. Die Antwort lautete: Man habe bereits Quartiersschulhäuser in Zug West (Letzi, Riedmatt, Herti). Ich zitiere aus der Antwort des Stadtrates «Alle drei Schulhäuser haben relativ kleine Einzugsgebiete: Herti 23 Strassen, Riedmatt 10 Strassen und Letzi 10 Strassen. Im Gebiet Zentrum haben wir im Gegensatz dazu Einzugsgebiete von 22 bis 36 Strassen pro Schulhaus. Wir sprechen im Gebiet Schleife nicht von einem eigentlichen Quartier.» Die Begründung mit der Anzahl Strassen unabhängig von der Länge einer Strasse sowie ohne den Einbezug von Grossüberbauungen ist für uns nicht nachvollziehbar. Vielmehr muss bei der zukünftigen Planung von der Anzahl Wohnungen ausgegangen werden und von den tatsächlichen und den zu erwartenden SchülerInnenzahlen.

... dafür ein neues Quartierschulhaus

Auch Zug West verdient eine zeitgemässe Schulinfrastruktur und nicht eine Ansammlung von Provisorien oder lediglich Schulzimmer, ohne die für eine moderne Schule nötigen Nebenräume. Am 9. Januar dieses Jahres wurde die Volksinitiative «Ja zu einer zeitgemässen Schulanlage Herti» mit 1'100 Unterschriften von Stimmberechtigten der Stadt Zug eingereicht. Die ELG Herti freut sich sehr über das Zustandekommen dieser Initiative und den grossen Rückhalt in der städtischen Bevölkerung. Jetzt geht es um die konkrete Umsetzung der Initiative und dabei muss bedacht werden, dass das Hertischulhaus zwar wachsen soll – aber mit Grenzen. Wir sind der Meinung, das Herti-Schulhaus muss dringend die notwendigen Räume erhalten, aber es muss mit Blick auf die Zu-

kunft gleichzeitig auch entlastet werden! Das Ziel unserer – die Initiative ergänzenden – Petition ist es, auch einen zusätzlichen Standort Feldpark/Unterfeld in die Planung mit einzubeziehen. Die prognostizierte Kinderzahl beträgt weit über 500 Kinder im Schulkreis Zug West. Dies bedeutet ein Wachstum der SchülerInnenzahl um nochmals ein Drittel im Vergleich zu heute. Die Organisation von Gesamt-Schulanlässen, wie zum Beispiel das alljährliche Schulfest, nimmt bereits bei der jetzigen Schulhausgrösse kaum mehr zu bewältigende Konturen an. Wir sind uns sicher, wenn wir die Grösse einer Schule berücksichtigen und damit eine persönliche Atmosphäre ermöglichen, investieren wir in eine gesunde Entwicklung der Kinder und wirken dem Entstehen von sozialen Problemen präventiv entgegen.

Initiative, Motion und Petition

Der Feldpark und das Gebiet Unterfeld, das sehr dicht überbaut werden wird, soll unserer Meinung nach ein eigenes Schulhaus erhalten! In einer Motion Ende Januar 2014 wird zusätzlicher Schulraum im Gebiet Unterfeld/Feldpark und die Erhaltung von Vereinsaktivitäten gefordert. Auch haben wir in unserer Petition die Erhaltung von für das Quartier wichtigen Lokalitäten (Jugendtreff, Letzibutzeli) aufgeführt. Wir hoffen, dass nun auf der Grundlage der Initiative, der Motion und der Petition lösungsorientiert verhandelt wird und der neue Standort in die Planung miteinbezogen wird. Auf keinen Fall darf dabei vergessen werden, dass die bestehenden Provisorien auf dem Schulhausareal Herti so bald wie möglich durch einen Neu-/Erweiterungsbau ersetzt werden müssen. Die Zeit drängt! Die jetzige Situation mit den Provisorien ist sehr unbefriedigend und wird mit der weiterhin steigenden Schülerzahl noch schwieriger werden. ■



Stadtteil Zug West

Im Stadtteil Zug West wohnen über 8500 Menschen, ein Drittel unserer Stadtbevölkerung – und das Wachstum ist nicht abzusehen. Die Schulraumplanung im Westen wurde vor fünf oder sechs Jahren verschlafen. Mit Pavillons wurden Überbrückungslösungen geschaffen. Das war und ist gut und recht. Aber jetzt brauchen wir langfristige, zukunftssträchtige Lösungen. Im Stadtteil Zug West werden wir jahrzehntelang viele Kinder haben. Wir müssen dort investieren, wo auch das Wachstum stattfindet.

Die Stadt Zug hat in den letzten Jahren Dutzende von Millionen in Alterswohnungen investiert, in ein Stadion für den Kanton und in ein Pflegebettenprojekt in

Baar. Wir leisten uns für 52 Mio. das Landis- und Gyr-Gebäude und wir wollen 60 Mio in ein Zentrum Plus investieren. Alles gute und wichtige Projekte. Aber es kann doch nicht sein, dass dann ein paar Pavillons für unsere Schülerinnen und Schüler genügen sollen. Unser Erfolg sollte doch auf dem Grundsatz «vernünftige Investitionen, langfristiges Denken, keine Halbhatzigkeiten» basieren. Die Eltern und das persönliche Umfeld, in dem Kinder aufwachsen, sind für ihren Lebenserfolg entscheidend wichtig. In der Schule sind es die Schülerinnen und Schüler sowie die Betreuungs- und Lehrpersonen, die das Lernklima prägen. Dass es auch auf den Raum ankommt, wird dadurch deutlich, dass er oft als «dritter Pädagoge» ins Feld geführt wird.

Deshalb setze ich mich im Stadtrat und im Bildungsdepartement für eine zeitgemässe Schulanlage im Stadtteil Zug West ein. Das kann heissen, dass wir die Schulanlage Riedmatt vordringlich ausbauen, den Kindergarten St. Johannes sanieren und das Schulhaus Letzi lassen, wie es ist. Hingegen hat das Schulhaus Herti grossen Ausbaubedarf. Es fehlen schon heute Fach- und Gruppenräume. 2016 müssen (dürfen!) wir einen weiteren Kindergarten eröffnen und ab 2019 fehlen uns Klassenzimmer.

Vordringlich ist ebenfalls ein multifunktionaler Mehrzwecksaal für die Schule und für die Quartierbevölkerung. Dass wir ebenfalls Räume für Vereine zur Verfügung stellen wollen, war immer ein klares Commitment des Stadtrates.

Ob es möglich sein wird, im Gebiet Unterfeld/Feldpark ein Schulhaus zu realisieren, wird sich weisen. Wir sind zusammen mit den Abteilungen für Immobilien und Bau daran, diese Option zu prüfen. Ferner führen wir Gespräche mit den beiden Grundeigentümern Stadt Baar und Korporation Zug. Eine klare Aussage dazu kann ich zum heutigen Zeitpunkt noch nicht machen.

Anfang April hingegen werden wir dem Grossen Gemeinderat einen Zwischenbericht vorlegen, der nebst Aussagen zu Schülerzahlentwicklung und Schulraumplanung mögliche Szenarien mit Konsequenzen und Wirkungen aufzeigen wird.

Vroni Straub-Müller, Stadträtin CSP

Von grosser Empörung zu grobem Unfug

Astrid Estermann | Bild Astrid Estermann

12

Die Empörung war gross: Es darf nicht wahr sein, dass wenige Anwohner einer Neuüberbauung einen Sportverein, der bereits seit dem Jahr 2000 mitten in Oberwil auf dem Schulhausplatz trainiert, einfach vertreiben können. Aber der Regierungsrat des Kantons Zug hiess 2006 eine Beschwerde gut und beschloss somit das Aus für die Heimspiele mit Dorf-festcharakter. Ein erfolgreicher, mitgliederstarker Verein wie der Street-hockeyclub Oberwil Rebels konnte nicht mehr spielen, weil ein paar Bewohner sich am Lärm störten.

So dachte auch das Zuger Stimmvolk und stimmte mit fast 75% der Volksinitiative «Sport- und Streethockeyplatz in Oberwil» zu. Wie die Initiative umgesetzt werden könnte, spielte bei der Abstimmungsdiskussion kaum eine Rolle. Danach wurde schnell klar,

Nord einen neuen Streethockeyplatz für mehr als 1 Mio. Franken. Der befristete Mietvertrag wurde inzwischen bis 2019 verlängert, verbunden mit einer Jahresmiete von 17'356.50 Franken. Die Rebels bezeichnen die vorhandene Anlage in der Herti in einem



Dieser grüne Fleck in Oberwil müsste der Rebellshalle weichen.

dass es unmöglich sein dürfte, in Oberwil Ersatz zu finden. Entweder läge der Platz so, dass die Lärmemissionen wieder zu gross wären oder er wäre ausserhalb der Siedlungsbegrenzungslinie anzusiedeln und damit weder zentral noch zonenkonform.

Sensationelle Infrastruktur

Der Regierungsrat verbot den Oberwil Rebels ab 2008 den Spielbetrieb auf dem Schulhausplatz. Rasch musste Ersatz gefunden werden. In der Herti wurde für 145'000 Franken ein erstes Provisorium errichtet. Weil dieser Ort für den Bau des neuen Eisstadions benötigt wurde, erstellte die Stadt Zug 2009 auf dem Land der Korporation nördlich der Fussballfelder im Herti

Prospekt als «sensationelle Infrastruktur». Der Umzug nach Zug hat den Oberwil Rebels bisher nicht geschadet. In der Saison 11/12 waren die Oberwil Rebels NLA-Schweizer-Meister, Vize Cup-Sieger, Europa-CUP-Sieger, NLB-Meister usw. 2015 holen die Rebels gar die Streethockey-WM nach Zug!

Halle für einen Verein

Dennoch steht dem Stadtzuger Stimmvolk im Mai eine Abstimmung bevor: Neben dem Seniorenzentrum Mülimatt in Oberwil soll auf dem Land der Barmherzigen Brüder Zug eine Halle von 65 m Länge, 42 m Breite und 10 m Höhe entstehen. Das ist dreimal die Fläche der Oberwiler Turnhalle inklu-

sive Kindergarten. Da die Halle mit einem Belag aus Polypropylen ausgerüstet und nicht heizbar sein soll, ist sie für die meisten Sportarten oder Anlässe kaum brauchbar. Zudem pflegen die Rebels aufgrund ihres Erfolges einen intensiven Ganzjahresbetrieb, was ihnen auch zu gönnen ist. Somit ist aber auch offensichtlich, dass die Halle praktisch ausschliesslich für diesen einen Verein gebaut würde. Für grössere Feste (die Halle böte Platz für bis zu 1000 Personen) ist der von Alterswohnungen, einem Wohnheim für psychisch kranke Menschen und dem Seniorenzentrum Mülimatt umrahmte Ort ohnehin zu konfliktrichtig. Die Baukosten von 6,7 Mio. Franken und Folgekosten von rund 590'600 Franken pro Jahr sind enorm. Im Grossen Gemeinderat wurde die Vorlage deshalb auch mit 11:26 Stimmen abgelehnt.

Unsinniger Bau

Unverständlich bleibt, weshalb gerade SVP und FDP die Ja-Parole für dieses Projekt beschlossen. Da schreiben sich diese beiden Parteien auf die Fahne, überall zu sparen, damit die Stadt Zug nicht in einem Schuldenberg versinkt: Schulhäuser sollen nur mit dem Nötigsten ausgerüstet oder allenfalls als Provisorien erstellt werden, bei der Kultur wird gekürzt und es ist zumutbar, wenn Familien für Musik und Lager ihrer Kinder mehr bezahlen. Da wollten wohl einige Eltern ihren Rebels-Sprösslingen diesen Luxus durch die Stadt finanzieren lassen, oder sie versprachen sich für die anstehenden Wahlen besonders viel Sympathie bei der Zuger Bevölkerung und stimmten diesem unsinnigen Bau zu.

Richtig, über 75% der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger forderten einen Platz für die Rebels in Oberwil. Einen Platz und nicht eine Halle. Der Unterschied ist in jeder Hinsicht gigantisch. Sorgen wir dafür, dass aus einer grossen Empörung kein grober Unfug wird. ■

Baurechtliche Sandburgen

André Guntern, Vorstand Alternative – die Grünen Baar | Bild BULLETIN

Das Bauen ohne Bewilligung scheint im Kanton Zug weit verbreitet zu sein. Doch während bei der öffentlichen Ordnung die Schrauben massiv angezogen wurden, wird das illegale Bauen noch immer als Kavaliersdelikt behandelt. Wenn aber Gemeinden die Bausünder mit Samthandschuhen anfassen, muss man sich nicht wundern, wenn sich der Wildwuchs noch mehr verbreitet.

Seit Anfang Oktober stehen sie überall im Kanton, die auffälligen gelben Plakate und warnen die Passanten eindringlich davor, einen Zigarettenstummel, eine Pet-Flasche oder eine Aludose wegzuworfen. Denn diese und andere «Unanständigkeiten» kosten jedes Mal 100 Franken. Seither patrouillieren die Sicherheitsassistenten der Zuger Polizei und greifen bei Abfallsündern sogleich durch. Nachdem gut gemeinte Aufklärungskampagnen wenig bewirkt haben, will man mit dem Verteilen von Bussen für sogenannte Bagatellübertretungen der «Plage Littering» Herr werden.

Hohe Dunkelziffer

Aufgrund der Medienpräsenz in den letzten Monaten müsste man auch das illegale Bauen geradezu als Plage bezeichnen. Der Anbau des Zuger Stadtschreibers bildete den Anfang, doch wie sich inzwischen zeigt, war dies kein Einzelfall. Die Gemeinden haben es in der Tat immer wieder mit illegalen Bauten zu tun. Wobei es sich bei den ganz ohne Bewilligung erstellen Bauvorhaben eher um Kleinbauten, Mauern, Terrainveränderungen oder ähnliches handelt. Viel häufiger sind hingegen Abweichungen von bewilligten Bauvorhaben, oder Veränderungen von bestehenden Gebäuden: der Anbau eines Geräteraumes, die Beheizung eines Wintergartens oder der Ausbau des Estrichs oder Bastelraums zu Wohnräumen.

Gerade beim inneren Ausbau oder bei Umnutzungen ist die Versuchung gross, auf ein Baugesuch zu verzichten. Das schont zwar die Baulandreserven, doch solange die

Wohnfläche pro Parzelle begrenzt ist, sind auch solche Ausbauten illegal. Mit der Einführung des eidgenössischen Gebäude- und Wohnungsregisters wurde in vielen Gemeinden neue, nicht bewilligte



... und die Stadt Zug kämpft gegen das Littering!

Wohnungen «gefunden». Besonders gravierend war die Situation in Einsiedeln, wo rund 100 zuvor nicht bewilligte Wohnungen «entdeckt» wurden. Besonders brisant: Sogar die für das Ressort Bau zuständige Bezirksrätin war davon betroffen.

Bisshemmung bei Bausündern

Doch zurück zu den Bussen: Anders als beim Littering, kommen die meisten Bausünder ohne Busse davon, wie eine Umfrage der Neuen «Zuger Zeitung» bei den Bauämtern im Kanton Zug und bei der Staatsanwaltschaft ergeben hat. Im Cham wurde beispielsweise in den letzten sieben Jahren ein einziger Bauherr verzeigt. Und in Zug wurde in den letzten 13 Jahren keine einzige Verzeigung ausgesprochen. Wie dies trotz den Baukontrollen, die gemäss

Stadtrat André Wicki regelmässig durchgeführt werden, möglich ist, bleibt ein Rätsel.

Ermessensspielraum als Ausweg

Fakt ist, dass es trotz der bekannten Verstösse relativ selten zu Verzeigungen kommt. Dies erstaunt, denn gemäss dem kantonalen Planungs- und Baugesetz wird mit einer Busse bis zu 100'000 Franken bestraft, wer ohne Baubewilligung oder in Abweichung einer solchen baut. Obwohl die Strafnorm klar ist, zögern

die Gemeinden, konsequent zu verzeigen. Etwas blauäugig geht der Rischer Bauchef Ruedi Knüsel davon aus, dass Bauherren in der Regel das Gesetz nicht absichtlich verletzen. Und selbst Baudirektor Heinz Tännler windet sich und verweist auf den Ermessensspielraum der Gemeinden. Selbstverständlich kann bei Bagatellfällen von einer Anzeige abgesehen werden. Doch ist ein Wohnhausanbau wirklich noch ein Bagatellfall? Auf jeden Fall hat der Baudirektor die Bauchefs der Gemeinden umgehend zu einer Tagung eingeladen. Er will die Gemeinden auf eine einheitliche Verzeigungspraxis einschwören. Ein klares Signal, dass illegales Bauen wie andere Gesetzesverstösse auch Konsequenzen hat, ist momentan dringend nötig. ■

«Ich habe einen der besten Jobs»

Natalie Chiodi, Redaktion BULLETIN | Bilder Paula Gisler

14

Manuela Weichelt-Picard ist seit 2007 Regierungsrätin der Alternativen – die Grünen des Kantons Zug. Sie kandidiert im Herbst erneut als Regierungsrätin. In diesem Interview wird sie von Arlene Wyttenbach und Hanspeter Uster zu ihrer Arbeit, ihren Tätigkeiten und Wünschen befragt. Das Interview hat am 3. März 2014 stattgefunden.

BULLETIN: Was waren die Schwerpunkte deiner letzten beiden Legislaturen?

Manuela Weichelt: Ein Schwerpunkt war der ganze Wahlrechts- und Abstimmungsbereich. Wir Alternativen haben mit der Annahme der neuen KR-Sitzzuteilung nach der Methode von Prof. Pukelsheim in der Volksab-

zubauen und einzurichten. Ich kann mich nicht erinnern, dass es beim Kanton so etwas in dieser Form schon einmal gegeben hat. Die Vorarbeiten mussten ohne zusätzliche Ressourcen durchgeführt werden. Und kaum stand das Amt, wurde sein Budget gekürzt! Für mich als Grüne ist vor allem auch der ganze Naturbe-



stimmung vom Herbst 2013 einen riesigen Erfolg erzielt. Dafür haben sich die Alternativen – die Grünen, die SP und andere sehr eingesetzt, man denke z.B. an die Beschwerden ans Bundesgericht. Beim Majorz hat es nicht ganz geklappt, dort musste ich umsetzen, was das Volk entschieden hat – aber immerhin gibt es einen leeren und nicht einen vorgedruckten Wahlzettel. Wenn schon Majorz, dann richtig Majorz (lacht)! So soll dem Anliegen, dass Exekutivwahlen Personen- und nicht Parteiwahlen sein sollen, Rechnung getragen werden. Ein riesiger Akt war es, die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) innert kürzester Zeit auf-

reich, der in der Direktion des Innern angesiedelt ist, sehr wichtig: Der Forst, die Fischerei, die Biodiversität, die bedrohten Tierarten. Der Biber, eines meiner Lieblingstiere, ist seit Neuem in den Zuger Gewässern wieder heimisch, was mich sehr freut. Ferner nehmen wir an einem Forschungsprogramm teil, das unter anderem die Fische im Zugersee untersucht. Im Asylbereich war mir sehr wichtig, dass die Strukturen und die Organisation zeitgemäss und effizient aufgebaut sind. Vor meiner Amtszeit habe ich immer viel Negatives über den Asylbereich gehört. Nach strukturellen und personellen Veränderungen läuft es nun im Ge-

gensatz zu anderen Kantonen sehr gut: Wir bekommen Unterkünfte angeboten und haben Möglichkeiten, Asylsuchende unterzubringen – ebenso bekommen wir bald eine Bundesunterkunft.

BULLETIN: ... auch treibt dich die Frage um, welche AusländerInnen Grundstücke erwerben dürfen. Das Verwaltungsgericht hat kürzlich ein Urteil veröffentlicht, nachdem ihr mit Beschwerde den Wohnsitz einer Person angefochten habt. Was war die Absicht?

Manuela Weichelt: Der Bund und meine Direktion haben den tatsächlichen Wohnsitz einer Person angezweifelt. Seit 1960 sieht das schweizerische Recht für natürliche und juristische Personen im Ausland im Zusammenhang mit dem Erwerb von Grundstücken in der Schweiz Einschränkungen vor (Lex Furgler, Lex Friedrich). Heute ist die sogenannte Lex Koller in Kraft. Vor einiger Zeit sah es danach aus, als würde die Lex Koller ersatzlos aufgehoben. Heute ist die Bundesgesetzgebung mit dem Ziel die «Überfremdung des einheimischen Bodens zu verhindern» wieder aktueller denn je. Die Bundesgesetzgebung sieht vor, dass eine kantonale Instanz Verfügungen der Bewilligungsbehörde – im Kanton ZG ist dies die Volkswirtschaftsdirektion (VD) – gerichtlich überprüfen lassen kann. Der Gesetzgeber hat festgehalten, dass die Direktion des Innern die beschwerdeberechtigte Behörde sein soll. Wenn nun das Grundbuch- und Vermessungsamt der Direktion des Innern Zweifel hat, dass ein Kauf im Grundbuch eingetragen werden kann, verweist es an die VD. Diese prüfen das Geschäft und erteilen dann ihre Bewilligung oder nicht. Bestehen Zweifel am tatsächlichen Wohnsitz, was in diesem Falle so war, ist die Direktion des Innern verpflichtet, Beschwerde zu erheben. Bund und Kanton sprechen sich bei solchen Fällen bezüglich

des Vorgehens immer ab. Wenn man das Urteil liest, dann sieht man, dass das Bundesamt die Beschwerdeeingabe unterstützt hat. Nun wurde die Beschwerde zwar vom Verwaltungsgericht abgewiesen, doch ist es spannend, wie im Urteil der zivilrechtliche Wohnsitz definiert wird. Dass es Menschen gibt, die so global leben, dass sie keinen Wohnsitz im Sinne des ZGB mehr haben, ist eine neuere Realität. Dazu muss zuerst eine eigentliche Rechtsprechung entwickelt werden. Im konkreten Fall hat Zürich vor bald zehn Jahren – zu einer Zeit, als man Lex Koller nicht so streng auslegte – entschieden, dass die betreffende Person ihren Wohnsitz in der Schweiz hat. Danach kam sie in den Kanton Zug, die Einwohnerkontrolle nahm sie auf, die Finanzdirektion bewilligte die Pauschalbesteuerung und die Sicherheitsdirektion gab ihr eine Aufenthaltsbewilligung. Irgendwann wird es schwierig zu sagen: «Nein, wir sehen das nicht so.» Vor allem aber war es kein Showdown zwischen zwei Direktionen, wie uns gewisse Medien weismachen wollten, sondern eine Umsetzung der Gesetzgebung. Und das Bundesamt für Justiz unterstützte unseren Standpunkt.

BULLETIN: Welche weiteren Aufgabenbereiche hast Du?

Manuela Weichelt: Der Regierungsrat ist bereit für die Aufarbeitung der Geschichte von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen bei «administrativ versorgten» Menschen und anderen Opfern im Kanton Zug. Auch hat er gerade rund Fr. 72'000 aus dem Lotteriefonds gesprochen, die in den Solidaritätsfonds für die Betroffenen fließen. Dramatisch sind ja nicht nur die Schicksale der vielen tausend Kinder in der Schweiz, die verdingt wurden, sondern auch dass im Auftrag von Staat und Gesellschaft bis Anfang der 1980er Jahre Tausende von Menschen aus ihrem Umfeld ge-



rissen und weggesperrt wurden: Unehelichen Müttern wurden die Kinder weggenommen, es kam zu Zwangssterilisationen und Zwangskastrationen.

Auch der Heimatschutz bzw. die Archäologie und die Denkmalpflege sind bei der Direktion des Innern angesiedelt. Wegen der massiven Bautätigkeit sind die Archäologie und die Denkmalpflege extrem unter Druck und die Hürden für eine Unterschutzstellung im Kanton Zug sehr hoch. Viele Häuser werden abgerissen, die man in anderen Kantonen erhalten würde. Weil man sich im Kanton Zug oftmals nicht vorstellen kann, ein altes Haus zu erhalten, gibt es oft ein juristisches Gerangel mit AnwältInnen.

BULLETIN: Wie kommt es, dass die Denkmalpflege in deinem Departement ist? Oder dass der Wald nicht beim Thema Raumplanung angesiedelt ist?

Manuela Weichelt: Wenn der Wald der Baudirektion angehören würde, dürfte der Wald häufiger unterliegen, wenn es um die Frage geht: Welche Interessen überwiegen, diejenigen des Waldes oder diejenigen der

Bauwilligen? Daher hat sich die Regierung bewusst dafür ausgesprochen, dass der Wald einer anderen Direktion angehört und das ist auch gut so. Wir haben pro Woche mehrere Gesuche, mit denen eine Waldabstandsunterschreitung oder eine Rodung beantragt wird. So muss geprüft werden, ob es wichtiger als die Walderhaltung ist, dass die Garage zur Villa noch in den Waldabstand gebaut werden kann, sie noch etwas grösser sein kann, damit das x-te Auto auch noch Platz findet oder ob der gesetzlich festgelegte Waldabstand zugunsten der Natur freigehalten werden muss bzw. der Wald nicht gerodet werden soll. Eine ähnliche Thematik zeigt sich auch bei der Denkmalpflege, die früher in der Baudirektion war und nun bei der Direktion des Innern angegliedert ist. Im Zusammenhang mit dem Wald möchte ich noch darauf hinweisen, dass ich schon sehr früh das Thema der illegalen Bauten im Wald aufgenommen habe. Das hat mir damals sehr viel Ärger eingebracht. Ich veranlasste 2008, dass der ganze Zuger Wald geprüft und ein Inventar über illegale Bauten erstellt wurde. Man fand über 200 illegale Bauten,

16

darunter auch solche, in denen man schlafen und wohnen konnte. Ich war da der Zeit etwas voraus. Heute wird ja medial eine illegale Baute nach der anderen in den Zeitungen thematisiert.

Art Scharnierfunktion zwischen Aussenstellen wie Gemeinden, privaten Beiständen, Schulen etc. und der Behörde. Ich versuche zu vermitteln und habe nicht den Anspruch, dass jetzt schon alles perfekt läuft.



BULLETIN: Die KESB untersteht einem Change-Prozess, der nur schon daher komplex ist, weil aus etlichen Gemeinden Kompetenzen an den Kanton übergegangen sind und eine neue Behörde zusammengestellt werden musste. Wo steht ihr dort?

Manuela Weichelt: Ich schätze es geht noch mindestens 5 Jahre, bis man sagen kann, wo die Chancen und die Herausforderungen liegen. Am Anfang war uns wichtig, dass wir in engem Kontakt zu den Einwohner- und Bürgergemeinden standen, weil es dort teilweise zu Personalabbau gekommen ist. Wir waren aber auch sonst auf diese Unterstützung angewiesen, damit wir überhaupt «kantonalisieren» konnten. Und jetzt ist es eine Behörde, die fachlich unabhängig von mir ist. Ich übernehme eine

BULLETIN: Wie förderst du als Vorgesetzte die Chancengleichheit von Frau und Mann?

Manuela Weichelt: Zum einen fördere ich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, indem ich – gerade auch Väter – darauf hinweise, dass das Angebot zum Reduzieren des Stellenumfangs da ist. Bei Frauen natürlich auch, aber bei ihnen ist Teilzeitarbeit eher ein Thema. Wir haben in der ganzen Direktion sehr viel Teilzeitarbeitende. Ich selber kann nicht als Vorbild gelten, weil das Regierungsratsamt nicht im Jobsharing vorgesehen ist. Dafür arbeitet mein Mann Teilzeit. Andererseits fördere ich Frauen in Kaderpositionen. Als ich in der Direktion des Innern angefangen hatte, gab es keine einzige Frau in einer Kaderposition. Inzwi-

schen machen die Frauen 50% der Führungskräfte aus. Wenn mann oder frau will, ist in sieben Jahren sehr viel möglich! Seit 2007 habe ich ein Generalsekretariat im Jobsharing, meistens einen Mann und eine Frau – momentan haben wir zwar gerade eine Ausnahmesituation mit zwei Männern. Dafür suche ich ja jetzt wieder eine Frau (lacht)...

BULLETIN: ... du spielst auf das Stelleninserat an?

Manuela Weichelt: Ja, genau. Ich habe noch nie so viele Bewerbungen auf ein Stelleninserat erhalten. Ich glaube, es ist schweizweit bekannt geworden. Und es hat Leute gegeben, die sich ganz explizit wegen der Art und Weise des Inserates beworben haben. Vor allem aber habe ich noch nie so viele Bewerbungen von Frauen erhalten.

BULLETIN: Welche Rolle spielt für den Rückhalt die Fraktion und die eigene Partei?

Manuela Weichelt: Die Fraktion ist mir sehr wichtig, und ich spüre sie stark. Sie kann vieles im Kantonsrat aufgreifen, was eine Minderheit in der Regierung nicht kann. Aufgrund des Kollegialitätsprinzips habe ich die Mehrheitsentscheide zu vertreten. Die Partei ist auch wichtig, und ich bin immer froh, wenn sie politische Anliegen meiner Direktion aufnimmt. Themen gäbe es viele: Gleichstellung, Vereinbarkeit von Beruf und Familie oder Denkmalschutz. Handkehrum weiss ich natürlich, dass es häufig eine Zeitfrage ist, wer sich noch wieviel neben dem Job engagieren kann.

BULLETIN: Das führt uns in einem Exkurs zum Thema Kollegialitätsprinzip. Wir haben den Eindruck, dass das Kollegialitätsprinzip aufgeweicht wurde?

Manuela Weichelt: Ja, eindeutig. Früher war es so, dass die Regierung immer – bis zu einem anderen Be-

schluss – das Kollegialitätsprinzip einhalten musste. Neu ist, dass es nur noch eingehalten werden soll, bis ein Gesetz durch den Kantonsrat verabschiedet und rechtskräftig ist. Das wurde aufgrund einer Interpellation so beschlossen.

BULLETIN: Wie geht deine Familie mit deiner Arbeitsbelastung um?

Manuela Weichelt: Die Kinder gehen am besten damit um, weil sie nichts anderes kennen. Für meinen Partner ist es schwieriger, weil er sich oft wünscht, dass ich mehr Zeit hätte. Meine Kinder sind im Kindergarten und in der Tagesschule und kennen von dort nichts anderes als dass die Eltern erwerbstätig sind. Problematisch sind besondere Freitage wie beispielsweise die zwei Fasnachtstage, die bringen eine Familienplanung ganz schön aus dem Konzept. Soll ich die Kinder an die Regierungsratssitzung mitnehmen? Bei Schulgesetzänderungen weise ich immer darauf hin, dass die 8 schulfreien Halbtage, über die die Gemeinden verfügen, von schulergänzenden Betreuungen flankiert werden sollten. Das wäre zum Beispiel etwas, das unsere Partei aufbringen könnte. So etwas würde das Volk von unserer Partei erwarten.

BULLETIN: Was würdest du Frauen raten, die in deine Fussstapfen treten möchten?

Manuela Weichelt: Sie sollen es unbedingt machen, das Positive überwiegt bei weitem! Es ist einer der interessantesten Jobs, auch wenn man das nicht unendlich lang machen kann. Abgesehen davon finde ich es gut, wenn neue Leute nachrücken. Aber erst möchte ich gerne nochmals vier Jahre anhängen (lacht). Sehr wichtig ist es, wenn man mit anderen Leuten spricht, die in dieser Situation waren. Erinnerst du dich daran, Hanspeter, an die Gespräche mit dir und deiner Frau? Dabei haben wir nicht nur Positives über die Belas-

tung gehört. Aber es ist auch wichtig, dass man weiss, worauf man sich einlässt. Ideal wäre es auch, mit anderen Regierungsrätinnen zu sprechen, davon gibt es ja zum Glück doch schon ein paar in der Schweiz.

BULLETIN: Was gibt dir Kraft für die alltägliche Arbeit?

Manuela Weichelt: Zum einen die kleinen Erfolge des Alltags, wo die linken, gewerkschaftlichen und gleichstellungspolitischen Anliegen eingebracht werden konnten. Wenn eine Mitarbeiterin einmal sagt, sie hätte keine Kinderbetreuung, dann ist es durchaus möglich, dass dieses Kind ausnahmsweise mit ins Büro darf. Es wird in der Direktion viel gute Arbeit geleistet. Noch immer freut mich das Bundesgerichtsurteil zum neuen Sitzzuteilungsmodell bei den Kantonsratswahlen. Das gibt mir viel Energie. Ebenso die Zuschriften der Bevölkerung, die Rückmeldungen der Partei und der Fraktion. Ich denke, die Direktion würde ohne mich anders dastehen, ich werte nicht mit besser oder schlechter, aber ich habe ihr meine Prägung gegeben. Und das macht mich auch ein bisschen stolz.

BULLETIN: Wie sieht die Zusammenarbeit auf nationaler Ebene aus?

Manuela Weichelt: Das ist etwas vom Spannendsten ausserhalb meiner Direktion. Zum einen bin ich im Vorstand der Schweizerischen Sozialdirektorenkonferenz und habe zusätzlich das Präsidium der Zentralschweizerischen Sozialdirektorenkonferenz inne. Durch mein Präsidium kann ich mitbestimmen, was auf die Traktandenliste kommt. Durch die Reorganisation der Asylstruktur des Bundes bekommt diese Funktion noch mehr Gewicht, denn in der Zentralschweiz hat die Sozialdirektorenkonferenz die Führung in dieser Angelegenheit. Weiter bin ich Präsidentin der Zentralschweizerischen BVG- und Stiftungsauf-

sicht, die zuständig für die Wahrnehmung der gesetzlichen Aufsicht über sämtliche Vorsorgeeinrichtungen der 2. Säule ist. Das erachte ich als sehr wichtige Aufgabe. Solange es gut läuft, denkt man zwar nicht daran, aber unter dieser Aufsicht wird eine unglaublich hohe Geldsumme der ArbeitnehmerInnen verwaltet. Mit dem Vorsorgekapital könnten wir die Strasse von Zug bis Sargans mit Tausendernoten belegen. Ferner präsidiere ich das Konkordat Zugersee, in dem die drei Anliegerkantone zusammengeschlossen sind. Ich würde sehr gerne noch den Chiemen dazu erwerben (lacht). Nachdem mich die alte Regierung als Konfessionslose nicht in die Diözese gewählt hat, hat das die neue Regierung veranlasst. Dies ist auch sachgerecht, da die Direktion des Innern ja die Kultusdirektion ist und wir für alle Religionen die Ansprechstelle sind. Diese Tätigkeiten sind total spannend, Parteipolitisches fällt weg, es geht vorwiegend um Sachpolitik, das sagt mir sehr zu.

BULLETIN: Vielen Dank für das Interview und weiterhin alles Gute und viel Erfolg. ■

Politische Laufbahn von Manuela Weichelt

- Vorstand der Schülerorganisation, Kantonsschule, Schaffhausen
- Arbeitsgruppe für eine «gesunde Gesundheitspolitik», Stadt Zürich
- Erster Frauenstreiktag
- VPOD, Zürich
- Kantonsrätin Frische Brise, Steinhausen
- Fraktionschefin Kantonsrat Alternative-Grüne
- Vizepräsidentin Gewerkschaftsbund Kanton Zug
- Erste Präsidentin der Alternativen des Kantons Zug
- Regierungsrätin der Alternative – die Grünen des Kantons Zug, ab 2007

Alle linksgrünen Stimmen mobilisieren

Philippe Koch, Politikwissenschaftler | Bild Philippe Koch

18

Am 4. Oktober 2014 wählen die stimmberechtigten Zugerinnen und Zuger ihre Regierung. Nach 120 Jahren Proporzwahl wird die Zusammensetzung des Regierungsrats erstmals wieder nach Majorz bestimmt. Was bedeutet dieser Systemwechsel für das linksgrüne Zug?

Das Ziel des Mehrheitswahlrechts (Majorz) ist es, eindeutige politische Verhältnisse zu schaffen. Generell stärken Majorzwahlen bestehende Mehrheiten und schwächen poli-

lung nicht mehr Parteistimmen ausschlaggebend – es gibt keine Parteistimmen mehr – sondern einzig und allein die Kandidatinnen- und Kandidatenstimmen!



Die Mobilisierung von Tür zu Tür ist sehr aufwändig aber auch sehr erfolgreich.

tische Minderheiten. Darum haben die Grün-Alternativen in Zug den Systemwechsel immer bekämpft. Wie funktioniert die Mechanik des Majorz genau und welche Optionen haben die Zuger Linken bei den anstehenden Wahlen?

Personenstimmen nicht Parteilisten
Majorzwahlen sind Personenwahlen. Konkret erhalten die Zuger Wählerinnen und Wähler im September 2014 einen Wahlzettel mit sieben leeren Linien. D.h. sie werfen nicht mehr wie bis anhin Parteilisten in die Urne, sondern einen Wahlzettel mit eigenhändig eingetragenen Namen von Kandidierenden. Dementsprechend sind bei der Sitzverteilung

Stimmen eingehen, desto höher das absolute Mehr und desto schwieriger die Wahl. Die Stimmenanzahl ist gegeben durch die Wahlbeteiligung, die Anzahl der Personen, die zur Wahl stehen und die Anzahl Kandidierende, die auf die Wahlzettel geschrieben werden. Bei den diesjährigen Stadtratswahlen in Zürich lag beispielsweise das absolute Mehr bei rund 34 Prozent der eingegangenen Wahlzettel. D.h. um das absolute Mehr zu erreichen, musste mindestens ein Drittel der Wählerschaft die betreffende Kandidatin oder den betreffenden Kandidaten auf den Wahlzettel schreiben. Bei Proporzwahlen ist es sinnvoll, alle Linien auf der Parteiliste mit

partei eigenen Kandidierenden zu füllen. Jede Linie ergibt dann eine Parteistimme, die wiederum den Sitzanspruch erhöht. Beim Majorz gilt dies nicht. Bei den Stadtratswahlen in Zürich haben die Wählenden im Durchschnitt sechs Kandidierende (von maximal neun) auf ihre Wahlzettel geschrieben. Bei den Regierungsratswahlen in Zürich vor drei Jahren waren im Schnitt nur vier von sieben Linien ausgefüllt.

Mit jeder zusätzlichen Stimme, d.h. mit jeder Linie, auf die man einen Namen schreibt, erhöht sich das absolute Mehr. Für Parteien mit einem hohen Stimmenanteil (auch bei parteifremden Wählenden) ist die Erhöhung des absoluten Mehrs kein Problem. Für Kandidierende eher kleinerer Parteien, die sich nicht in der Mitte des politischen Spektrums positionieren, hingegen schon.

Wichtigste Punkte für die Wahlen

Der wichtigste Punkt ist sicherlich, dass die Wiederwahl von Manuela Weichelt-Picard nur dann gelingen kann, wenn alle potenziellen linksgrünen Stimmen für sie mobilisiert werden können. Natürlich: Bisherige werden in der Deutschschweiz selten abgewählt. Aber verlassen sollte man sich darauf nicht.

Zudem sinken die Wahlchancen, je mehr linksgrüne Kandidierende nominiert werden. Denn dadurch erhöht sich einerseits das absolute Mehr und andererseits nehmen sich die linksgrünen Kandidatinnen und Kandidaten gegenseitig Stimmen weg. Die Anzahl der Kandidierenden sollte daher der realistisch zu erwartenden Sitzzahl entsprechen. Der Systemwechsel von Proporz zu Majorz stellt für das linksgrüne Zug, das andere Zug, tatsächlich eine Herausforderung dar. Ich bin überzeugt, dass es den Alternativ-Grünen mit einer mutigen, mobilisierenden Wahlkampagne gelingen wird, auch diese Herausforderung zu meistern. ■

Gläserne Verwaltung

Vroni Straub-Müller, Kantonsrätin CSP | Bild Internet

Bereits 1995 hatte Jo Lang, damals Kantonsrat, in einer Motion für eine öffentlichkeitsfreundliche und bürgernahe Verwaltung die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips gefordert. Leider taten damals die bürgerlichen Kantonsräte und die Regierung diese Forderung als unnötig ab. 2010 beauftragte der Kantonsrat den Regierungsrat dank einer Motion von zwei SVP-Vertretern, eine Vorlage zur Einführung des Öffentlichkeitsprinzips in der Zuger Staatsverwaltung zu erarbeiten. Es hat also doch noch geklappt!

An der Kantonsratssitzung vom 26. Februar 2014 wurde in zweiter Lesung das Öffentlichkeitsprinzip beschlossen – 19 Jahre nach dem ersten alternativen Vorstoss. Der Kanton Zug macht nun einen ersten Schritt vom traditionellen Geheimhaltungsgrundsatz hin zum Öffentlichkeitsprinzip. Das ist hochehrföhrlich, aber auch an der Zeit. Sowohl der Bund wie auch etliche Kantone kennen das Prinzip des ungehinderten Zugangs zu amtlichen Dokumenten schon lange. Das neue Gesetz gilt nun für alle Behörden des Kantons und der Gemeinden (Einwohner-, Bürger-, Korporations- und Kirchgemeinden). Als Behörden gelten auch Organisationen und Personen des privaten und öffentlichen Rechts ausserhalb der öffentlichen Verwaltung, soweit sie öffentliche Aufgaben erfüllen. Dritte ausserhalb der Verwaltung erfüllen nur dann öffentliche Aufgaben, wenn sie eine Leistungsvereinbarung mit dem Kanton oder Gemeinden abgeschlossen haben. Subventionsvereinbarungen betreffen hingegen nicht die Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Subventionsempfänger unterstehen daher nicht dem Öffentlichkeitsgesetz.

Keine Ausnahmen

Unsere Fraktion hat sich für ein Öffentlichkeitsgesetz eingesetzt, welches seinen Namen verdient. CVP und FDP wollten von vorneherein den Zugang zu Dokumenten ausschliessen, die von Dritten unter Zusage der Vertraulichkeit eingereicht worden sind. Wäre eine solche Zusage auf Vertraulichkeit zu-

lässig, würde der Anspruch auf Transparenz zur Makulatur. Damit wäre dem Gesetz ein wichtiger Zahn gezogen worden. Wir kämpften mit Erfolg gegen diesen Paragraphen. Ebenfalls setzten wir uns – trotz Widerstand von bürgerlicher Seite – ein, dass das Gesetz auch rückwirkend, also bereits vor Inkrafttreten ange-



Das Öffentlichkeitsgesetz schafft Zugriff auf die Akten des Staates.

wandt werden kann. Dass also alles Bisherige auch zur Einsicht offen wäre.

Bürgerlicher Widerstand

Für die zweite Lesung stellte die CVP gar den Antrag, dass Sitzungsprotokolle des Regierungsrates und von kantonsrätlichen Kommissionen vom Öffentlichkeitsprinzip ausgeschlossen würden. Da stellten wir uns klar und am Schluss mit Erfolg dagegen. Wir wollen das Öffentlichkeitsgesetz nicht einschränken und schon von Beginn weg mit Ausnahmeregelungen beschneiden. Es kann nicht sein, dass wir von der Verwaltung Transparenz einfordern und als

Regierungsrat oder Kommission intransparent bleiben. Und wir sind der Meinung, dass Exekutive und Legislative gleich zu behandeln sind.

In der Schlussabstimmung sprachen sich nur die FDP und Teile der CVP gegen die Vorlage aus. Woher denn diese Angst vor Transparenz? Woher die Angst vor dem Informationsbedürfnis von Leuten und Medien? Schliesslich sind wir gewählte Volksvertreterinnen und Volksvertreter und sollten zu unseren Aussagen stehen.

Mehr Vertrauen durch Transparenz

Natürlich ist die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips ein Paradigmenwechsel. Aber der Bund und zahl-

reiche Kantone haben dasselbe auf Verfassungs- und/oder Gesetzesstufe bereits umgesetzt und nur gute Erfahrungen damit gemacht. Wir können davon ausgehen, dass durch das neue Gesetz das Vertrauen in unsere Verwaltung gestärkt wird. Ein demokratischer, liberaler Staat benötigt dringend Transparenz. Der Staat – das sind in einer Demokratie wir alle. Wir wollen, dass sich die Staatsbürgerinnen und Staatsbürger um ihren Staat kümmern, ihn in die Pflicht nehmen. Dazu sind möglichst transparente Informationen über die staatlichen Tätigkeiten nötig. Das Öffentlichkeitsgesetz fördert die demokratische Beteiligung aller. ■

Niemand will die Gripen

Claudio Meissen, Vorstandsmitglied KriFo Alternative Cham |
Bild Junge Alternative

20

Im Mai stimmen wir über die Beschaffung von 22 neuen Gripen-Kampfjets ab. Als Hauptmann (Ristl Of des Uem Rgt 2, 1100 Dienstage) bin ich vorderhand ein Armeebefürworter, auch wenn ich keinerlei Berührungängste mit Mitgliedern und Ideen der GSoA habe. Als ehemaliger Segelflieger bin ich ausserdem grosser Aviatik-Fan. Trotzdem habe ich mich von Beginn weg für das Gripen-Referendum engagiert und in Zug viele Unterschriften gesammelt.

Die Reichweite der von Armee und Skyguide genutzten, leistungsfähigen Radaranlagen auf Schweizer Bergen beträgt 350 km. Leider ist das sensitivere und zuverlässigere Se-

Luftbetankung nur etwa anderthalb Stunden beträgt, wird unsere Luftwaffe mit 32 F/A 18 und 22 Gripen diesen Dauerstress keine zwei Wochen durchhalten.



Das Gripen-Referendum sammelte sich fast von alleine – niemand will die neuen Kampfjets!

kundärradar im Konfliktfall nutzlos. Der Aggressor wird die zugehörigen Transponder in seinen Flugzeugen abschalten! Tarnkappenbomber, im Erd- und Radarschatten fliegende Jets und moderne Drohnen reduzieren die Vorwarnzeit von früher 15 auf heute wenige Minuten oder werden gar nicht erkannt. Wie gut sich die Schweiz mit drei auf optimaler Höhe operierenden Doppel-Patrouillen schützen lässt, kann niemand genau beurteilen. Eines lässt sich aber voraussagen: Da die durchschnittliche Einsatzdauer unserer Kampfflugzeuge infolge fehlender

Viel zu teuer!

Damit stehen für mich die mehr als 3 Milliarden Franken (mindestens 9 Milliarden, wenn man auch den später nötigen Unterhalt einrechnet), die in der Armee 2020, vor allem aber im Sozial- und Bildungsbereich eingespart werden müssten, in keinem Verhältnis zum möglichen Nutzen. Auch eine für die Abfangjagd geeignete, während 24 Stunden in der Kaverne einsatzbereite Luftwaffe ist extrem teuer und lässt sich nur rechtfertigen, wenn basierend auf bilateralen Verträgen Radardaten in Realzeit mit den Nachbarstaaten

ausgetauscht werden und Vorwarnzeiten von 15 Minuten erreichbar sind. Das VBS ist allerdings der Meinung, dieses Szenario sei mit unserer Neutralität nicht vereinbar.

Wir brauchen keine neuen Flugzeuge

Dem Armeebefürworter bleibt also nur eine Alternative: Abwehrsysteme auf Basis moderner Boden-Luft-Raketen! Dass das VBS diese wirksame und günstige Alternative unter Verschluss hält und riskiert, dass die limitierten Mittel falsch eingesetzt werden, grenzt an Fahrlässigkeit. Für Luftpolizeieinsätze brauchen wir jedenfalls keine neuen Flugzeuge. Der rot-weiss bemalte Tiger F-5E eignet sich, falls unsere Luftwaffe nicht gerade Mittagspause hat, bestens zur Observation vagabundierender Jets. Für das Abfangen nicht identifizierbarer Objekte eignet sich im Ernstfall sowieso nur der F/A 18!

Bitte greifen Sie später an ...

Am 17. Februar musste die französische Luftpolizei über Genf eingreifen, um ein entführtes Flugzeug zur Landung zu bewegen. Die Schweizer Luftwaffe war nicht verfügbar, denn der Zwischenfall ereignete sich ausserhalb der Bürozeiten. Eine 24-Stunden-Bereitschaft sei eben zu teuer, meinte Verteidigungsminister Ueli Maurer gegenüber den Medien. In der Tat: 80 Millionen müsste das VBS zusätzlich investieren, damit sich das Schweizervolk künftig auch in der Nacht und in der Mittagspause sicher fühlen dürfte. Während man sich innerhalb der SVP noch darüber streitet, ob die Schweizer Armee für Zwischenfälle in der Westschweiz überhaupt zuständig sei, haben andere bereits nachgerechnet: Würde Ueli auf die neuen Gripen verzichten, könnte er die Schweiz mit dem eingesparten Geld künftig während 2'700 Stunden überwachen lassen. Pro Tag!

Jonas Feldmann, Junge Alternative Zug

Mehr Zug für Zug

Martin Stuber, Kantonsrat AGF + Copräsident Komitee ZBL | Illustration Komitee ZBL

Die deutliche Annahme von FABI (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) ist ein wichtiger Meilenstein für die weitere Entwicklung der Eisenbahn in der Schweiz der 9. Februar 2014 wird in die Geschichtsbücher eingehen. Weil die Mittel trotzdem beschränkt sind, wird Zug auf die Beseitigung des Nadelöhrs Zimmerberg noch lange warten. Mit einer cleveren Lösung könnte es schneller und günstiger gehen.

Am 9. Februar wurde der erste und die Planung des zweiten Ausbaus schrittens beschlossen:

- Erster Ausbauschnitt bis 2025: Projektierung der Kapazitätserhöhung zwischen Thalwil und Baar (Zimmerberg), d.h. durchgehende Doppelspur.
- Zweiter Ausbauschnitt bis 2030: Realisierung dieser Netzergänzung.

Die Crux daran ist, dass es bei einer Realisierung dieser Kapazitätserhöhung mit dem offiziell favorisierten Zimmerberg-Basistunnel II (ZBT II) sicher länger als bis 2030 dauern wird. Denn: Der ZBT II dürfte 1,4 Milliarden kosten, und die Mittel für den zweiten Ausbauschnitt reichen nicht für alle Projekte. Auch die Zuger Regierung befürchtet, dass es der ZBT II schwierig haben wird.

Zimmerberg light

Es gibt aber bekanntlich eine Alternative zum ZBT II, die nur halb so viel kostet, unterm Strich vergleichbaren Nutzen bringt und etappierbar ist: Mit Zimmerberg light (ZBL) würde die bestehende Stammstrecke auf eine durchgehende Doppelspur ausgebaut. Der Knoten Thalwil könnte weiterhin als Umsteigebahnhof Richtung Chur genutzt werden.

Weil FABI nun ausdrücklich die Vorfinanzierung vorsieht, kann der Kanton Zug die reservierten 400 Millionen dafür einsetzen. Wenn Zimmerberg light vom Bund zur Bestvariante erkoren würde, könnte der Fahrplan folgendermassen aussehen:

- Bis Mitte 2018 erarbeitet der Bundesrat die Botschaft für den

nächsten Ausbauschnitt 2030. Hier könnte ein fairer Variantenvergleich ergeben, dass der ZBL projektiert wird.

- 2019 beschliessen National- und Ständerat die Vorlage für den zweiten Ausbauschnitt.
- 2018 gibt Zug bekannt, dass es die erste Etappe des ZBL komplett vorfinanziert.
- Die erste Etappe ZBL, ein neuer Doppelspurttunnel zwischen Horgen und Sihlbrugg-Station, wird dank Vorfinanzierung schon vor 2025 realisiert.
- Anschliessend wird als 2. Etappe ZBL eine zweite Röhre zwischen Sihlbrugg Station und Baar-Litti gebaut. Wohl rund die Hälfte dieses Ausbaus könnte ebenfalls noch vorfinanziert werden, der verbleibende, bescheidene Rest würde dann im Rahmen des Ausbauschnittes 2030 finanziert. Die durchgehende Doppelspur wäre sicher vor 2030 fertig.

- Das notwendige dritte Gleis in Thalwil kann ebenfalls im Rahmen des 2. Ausbauschnittes gebaut werden.

Der Charme dieser Lösung ist auch, dass der bestehende, alte Zimmerberg-Einspurttunnel nicht mehr saniert werden müsste. Diese Sanierung stünde nämlich gemäss Auskunft der SBB bis 2030 an, müsste unter laufendem (Einspur!-)Betrieb gemacht werden und wäre nicht ganz billig. ■

Komitee Zimmerberg light

Seit einigen Jahren ist das überparteiliche Komitee Zimmerberg light aktiv für einen vernünftigen Ausbau der Strecke zwischen Zürich und Zug auf durchgehende Doppelspur. Die Mitgliedschaft ist für Einzelpersonen gratis, das Komitee finanziert sich durch Beiträge von Organisationen und Einzelspenden. Für UnterstützerInnen einer raschen Beseitigung des Nadelöhrs Zimmerberg ist jetzt der richtige Zeitpunkt für einen Beitritt!

Überparteiliches Komitee

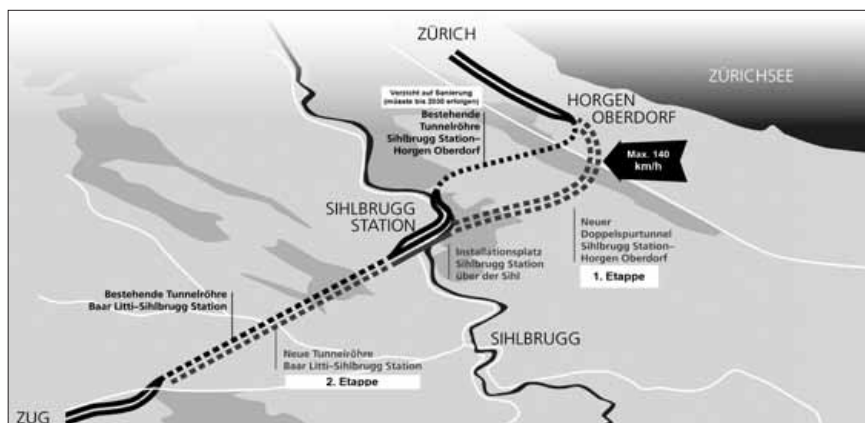
«Zimmerberg light»

c/o Martin Stuber

Göblistrasse 16

6300 Zug

www.zimmerberg-light.ch



Etappierter Ausbau der Stammstrecke zwischen Thalwil und Baar auf durchgehende Doppelspur: Erste Etappe ist ein neuer kurzer Doppelspurttunnel zwischen Horgen und Sihlbrugg Station. Danach könnte die zweite Röhre unter dem Albis Richtung Baar in Angriff genommen werden.

Alternative gegen Apartheid

Jo Lang, Zuger Apartheidskritiker erster Stunde | Bilder WOZ und Internet

22

Zug war ein globales Zentrum der Kollaboration mit dem Apartheidregime. Das prägte die zugerische Anti-Apartheid-Bewegung.

Wie vielerorts in der Schweiz gab es auch in Zug bereits in den 70er Jahren Veranstaltungen und Aktionen gegen das Apartheid-Regime. Eine besonders eindrückliche fand am 14. Februar 1987, ein halbes Jahr nach dem Soweto-Aufstand, mit dem Praktiker und Theoretiker des Schwarzen Widerstandes Franz Jonathan T. Lee im prallvollen Restaurant Taube statt.

Zuger Erdöl für Südafrika

Eine speziell zugerische Form nahm die hiesige Anti-Apartheid-Bewegung ab den frühen 80er Jahren an. Dies hatte mehrere Gründe. Zuerst einmal war 1979 das iranische Schah-Regime gestürzt worden, das seit dem arabischen Boykott Südafrikas 1973 90 Prozent dessen Ölbedarfs gedeckt hatte. Erdöl war der einzige Rohstoff, über den das Apartheid-Regime nicht selber verfügte. Der Zuger Konzern Marc Rich sprang in die Bresche. Unter anderem gründete er extra für das Südafrika-Geschäft die Minoil AG. Da diese offiziell mit dem Rohstoffimperium nichts zu tun hatte, wurde sie an der Neugasse 10 untergebracht. Besonders dramatisch wurde die Lage für das Apartheid-Regime ab 1986, als sich auch die USA dem Boykott anschlossen. Dass es dieses Jahr überstanden hat, verdankt es wesentlich den Schweizer Grossbanken, die es mit Kapital, und den Zuger Rohstofffirmen, die es mit Öl versorgten. Über die Marc Rich lief auch die illegale Vermarktung der südafrikanischen Kohle. Zuständig dafür war ein Johannesburgener namens Ivan Glasenberg. Dieser machte seinen Job derart brillant, dass er 1989 in die Zuger Konzernzentrale berufen wurde.

Geschäfte mit dem Rassistenregime

In seiner offiziellen und arg beschönigenden Marc-Rich-Biografie schreibt Daniel Ammann über den US-Boykott: «Zum Retter in der Not wurde

Marc Rich – natürlich gegen einen schönen Aufpreis.» Er zitiert ein damaliges Kadermitglied: «Wir machten mit Südafrika einen Profit von gut zwei Milliarden Dollar.» Marc Rich selbst bestätigte, dass die Umgehungsgeschäfte mit dem Rassistenregime seine «wichtigsten und profitabelsten» waren. Ein zweiter Grund für den besonderen Charakter der Zuger Anti-Apartheid-Bewegung lag in der Tatsache, dass wir über hervorragende Informationsquellen verfügten. Die wichtigste war das Shipping Research Bureau, eine hauptsächlich von den skandinavischen und Benelux-Kirchen finanzierte Detektei in Amsterdam. Diese überwachte alle Schiffstransporte nach und von Südafrika. Weiter erfuhren wir viel über international tätige JournalistInnen, die schon deshalb mit uns sprachen, weil wir die einzigen waren, die bereit waren, mit ihnen zu sprechen.

Die alternative Linke alleine

Der dritte Grund lag darin, dass eine Apartheid-Kritik in Zug nur Sinn machte, wenn man sie mit einer Kritik an der Kollaboration des Rohstoffhandelsplatzes verband. Aber das wagte nur die Alternative Linke. Da diese 1982 im Grossen Gemeinderat und 1986 im Kantonsrat ihre ersten Parlamentssitze erobert hatte, wurde in keinem Stadt- und in keinem Kantonsparlament so häufig Südafrika thematisiert wie in Zug. Dabei waren wir mit einem der profiliertesten Unterstützer des Apartheid-Regimes konfrontiert: Georg Stucky, rechtsfreisinniger Regierungs- und Nationalrat.

Grosse Demonstration als Höhepunkt

Höhepunkt der Zuger Anti-Apartheid-Bewegung war eine Demonstration, die vom damaligen Marc-Rich-Gebäude durch die Innenstadt auf den Landsgemeindeplatz führte. Das be-

sondere war, dass sie an zahlreichen Firmen vorbeiführte, die auf dem Apartheid-Parcours jeweils vorgestellt wurden. Die Schlusskundgebung fand auf dem Landsgemeindeplatz statt, an der Sabuso Bengu vom Lutheranischen Weltbund und der ehemalige «Immenseer Missionar» Al Imfeld die Hauptreden hielten. Ein Teil der Passanten reagierte aggressiv auf unsere Demo, weil der Rohstoffhandelsplatz damals eine heilige Kuh war. Mit 350 Teilnehmenden wurde der friedliche Umzug trotzdem zu einem vollen Erfolg.



Marc Rich: Multimilliardär durch Geschäfte mit dem Rassistenregime.

Gegen Apartheid, gegen Nationalismus

Der Umfang des schlechten Gewissens der Apartheid-Kollaborateure lässt sich abschätzen an zwei grotesken Beispielen. In dem weit abseits der Demoroute gelegenen Steinhäusen hatte die Feuerwehr die Crypto, die dem Apartheid-Staat Geheimdienstgeräte verkaufte, mit Stacheldraht eingezäunt und abgesichert. Offenbar hatte man Angst, wir könnten versuchen, sie von Zug aus zu stürmen. Die Kantonspolizei hatte uns Demonstrierende auf höchst provokative Art und Weise fotografiert. Wir setzten danach die Vernichtung der Fotos durch, weil wir nur unter dieser Bedingung bereit waren, an Behördengesprächen über die damals geplante Monsterausstellung CH 91 teilzunehmen. Wir bodigten sie dann trotzdem. So traf sich der Kampf gegen die südafrikanische Apartheid mit dem gegen den Schweizer Nationalismus.

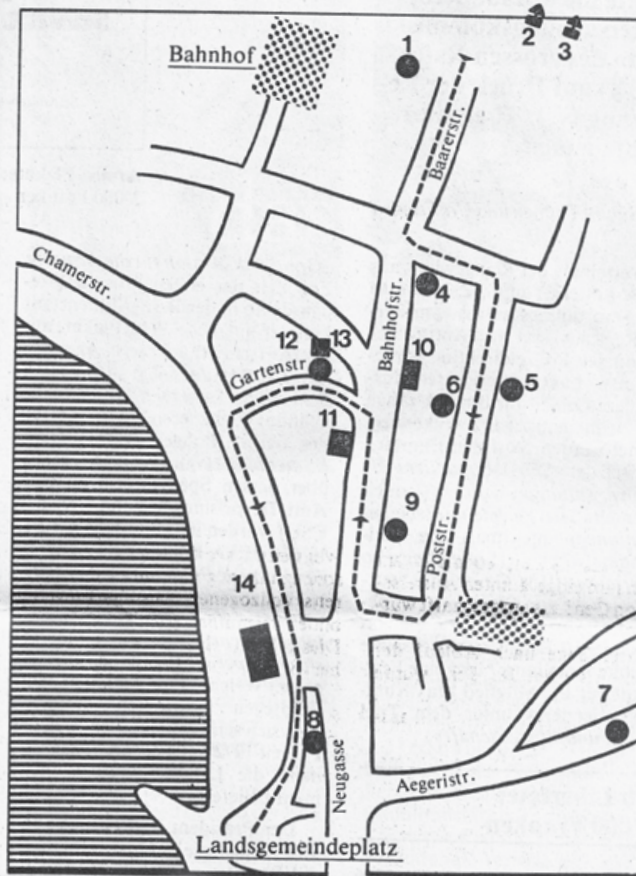
7. September: Überregionale Südafrika-Demo

Zuger Apartheid-Stadtplan

Am nächsten Samstag, den 7. September, findet in Zug eine bewilligte überregionale Südafrika-Demonstration statt. Sie will Solidarität mit den Farbigen Südafrikas bezeugen und gegen die Apartheid im allgemeinen und die Komplizenschaft des Zuger Finanzplatzes im besonderen protestieren. Die von der SAP Zug angeregte Demo wird von der Anti-Apartheid Bewegung der Schweiz, dem Zentralamerikakomitee Zug, der Aktion Südafrika-Boycott Schweiz, dem Schweizerischen Arbeiterhilfswerk (SAH), der RSJ Zug und der WoZ unterstützt.

Der Demonstrationzug startet um 14.30 Uhr bei Marc Rich (beim Bahnhof) und führt an 14 Firmen vorbei, die mit dem weissen Unterdrückerregime geschäftlich und so dessen Überleben verlängern. An der Schlusskundgebung auf dem Landsgemeindeplatz werden sprechen: Der schwarze Südafrikaner *Sabusaso Bengu* aus Natal, Angestellter des Lutheranischen Weltbundes in Genf, der Afrika-Spezialist und WoZ-Autor *Al Imfeld*, der Zuger SAP-Gemeinderat *Jo Lang*. Die WoZ drückt den Zuger Apartheid-Stadtplan.

- Demoroute
- Apartheidstützpunkte und Haltestellen Demo
- Apartheidstützpunkte



Karte: Eggen/Claude Thull

1) Marc Rich, Baarerstr. 37

Einer der weltweit grössten im skrupellosen Business des Metall-, Öl-, Getreide-, Zucker- und Waffenhandels. Nach dem kürzlich herausgekommenen Hochglanz-Stadtführer «das bekannteste Wahrzeichen der Stadt Zug». «Marc Rich hat die Stadt Zug im Sack», schreibt A. Craig, Copetas, Autor von «Metal Men». Gleichlautend, aber dezenter drückte sich alt Stadtpräsident *Walther A. Hegglin* aus: «Solange es der Marc Rich gut geht, geht es der Stadt Zug auch gut.»

2) Ciskei Trading AG, Baarerstr. 101
Firmenzweck: «Förderung und Vermittlung von Waren aller Art mit der Territorium Ciskei bzw. dort tätigen Unternehmen (...).» Ciskei ist ein Bantustan Südafrikas.

3) Philipp Brothers, Grienbachstr. 11
Deren New Yorker Sitz gab kürzlich bekannt, dass sich die Firma «aus Protest gegen Pretorias Rassenpolitik» nunmehr aus dem Edelmetall- und Mineralienhandel mit Südafrika zurückziehe.

4) RTZ Mineral Services Ltd, Baarerstr. 10
Gehört dem Bergbauriesen Rio Tinto Zink. Handelt mit Uran aus der namibischen Rössing-Mine, einer der grössten der Welt. 1974 erliess der Namibia-Rat der UNO ein Dekret, das den Export von Rohstoffen aus Namibia verbietet und mit Beschlagnahmung droht, solange Namibia von Südafrika besetzt gehalten wird.

5) Hesta AG, Poststr. 18b
Kontrolliert über die Luwa AG die Luwa South Africa (Pty) Ltd in Natal. Letztere stellt offiziell Geräte für Air Condition her.

6) Interwil Trading AG, Poststr. 15
Tochtergesellschaft eines südafrikanischen Konzerns. Nach Handelsregister: «Handel mit Produkten der verschiedensten Art, vor allem mit Holzprodukten, sowie die Finanzierung von damit zusammenhängenden Geschäften.» Im Verwaltungsrat, präsidiert vom Südafrikaner *Denis G. Raeburn*, sitzt auch der Zuger *Werner Lusser*.

7) Beets Trading AG, Aegeristr. 57
Lieferung bzw. Vermittlung von Erdöl nach Südafrika. Der einzige Verwaltungsrat ist Ex-Präsident *Hans Straub*.

9) Metall und Rohstoff, Bahnhofstr. 10

Zu ihr gehört die AOT AG (siehe wie zum Erdölgeschäft WoZ Nr. 33/85). Verwaltungspräsident der beiden Firmen ist *Paul Stadlin*, der in weiteren 74 Verwaltungsräten sitzt und zudem Präsident der Justizprüfungskommission des Kantons ist. Vizepräsident der AOT ist *Josef Schwermann*, der weitere 93 Verwaltungsratsmandate innehat. Vizepräsident der Metall und Rohstoff ist alt Stadtpräsident *Philipp Schneider*, Mitglied der Arbeitsgruppe für einen «sauberen Finanzplatz» und zudem Präsident der *Crypto*, Steinhausen, welche nachrichtendienstliche Geräte an Südafrika liefert.

10) SBG, Bahnhofstr. 26
Die drei schweizerischen Grossbanken gewährten dem Apartheid-Regime 1983 Kredite in der Höhe von 3'060 Millionen Franken.

11) SKA, Bundesplatz 1
(siehe 10)

12) SBV, Bahnhofstr. 17
(siehe 10)

13) Nielsen Bresling Shipping AG, Gartenstr. 2

An derselben Adresse domiziliert sind auch *Paul Stadlin*, Verwaltungsrat dieser Firma und sein Büropartner *Rudolf Mosimann*, zeitweilig im Amt suspendierter Zuger Staatsanwalt und Verwaltungsrat unter anderem bei Marc Rich. War kürzlich vor Bundesgericht Verlierer in einem Ehrverletzungsprozess gegen Gemeinderat *Jo Lang* (SAP).

14) Regierungsgebäude, Postplatz
(Siehe 1) Der Zuger Regierungsrat gehört zu den Scharfmachern in Sachen Asylgesetzgebung; ein Bericht von April 1984 warf den Asylanten «arrogantes und forderndes Verhalten» vor, 90 Prozent davon seien wieso «Pseudoasylanten».

15) Amalia-Weinhandel AG, Waldheimstr. 6
Handel mit Wein aus dem Kapgebiet, z.B. «Nederburger».

Zusammengestellt nach Recherchen von *Jo Lang*

24 Zuger (Anti-)Apartheid-Chronologie

Im Telegramm-Stil werden hier die wichtigsten politischen Zug-Südafrika-Ereignisse der 80er Jahre vorgestellt:

- **1982:** In meiner ersten Rede im Grossen Gemeinderat prangere ich unter anderem Marc Rich an und erwähne dabei auch Südafrika.
- **1983:** Marc Rich verlegt die Minoil AG, welche ausschliesslich Umgehungsgeschäfte für Südafrika betreibt, an die Neugasse 10.
- **1984:** Im Zusammenhang mit dem Rechnungsüberschuss verlange ich in einer Motion, zwei südafrikanischen Schwarzen-Gewerkschaften 125'000 Franken zu überweisen als Kompensation für die Steuereinnahmen aus Öl-Umgehungsgeschäften. Sie wird von allen anderen Fraktionen und mit 28:2 Stimmen abgelehnt. Ungefähr zur gleichen Zeit beehrt Georg Stucky als Regierungsrat die Eröffnung einer Handelsmission für den Bantustan Transkei in Zug. Es ist eine Demonstration des offiziellen Zug gegen den Boykott Südafrikas und für dessen zukünftige Aufteilung im Sinne des Regimes.
- **1985:** Mitte August, drei Wochen vor unserer Anti-Apartheid-Demo, gibt die Zuger Phibro-Salomon bekannt, dass sie «aus Protest gegen die Rassentrennung» ihre Beziehungen mit Südafrika abbricht. Genau zwei Monate nach der Demo, welche die Zugehörigkeit der Minoil AG zur Marc Rich offengelegt hatte, war am 6.11. im Handelsregister zu lesen: «Minoil AG in Liquidation».
- **1986:** Kurz vor einem von den Wirtschaftsverbänden organisierten Anlass mit Marc Rich im Casino erfahren wir, dass dieser sich die letzten Tage in Südafrika aufgehalten hat. In der Antwort auf meine diesbezügliche Frage gibt er zu, danach Moskau besucht zu haben. Die pseudoprogressive Sowjetunion hatte das Apartheid-Regime über den Zuger Konzern mit Erdöl beliefert.
- **1987:** Der Kantonsrats-Vorstoss von Madeleine Landolt und Hanspeter Uster betreffend Apartheid-Geschäften und einer Südafrika-Reise Georg Stuckys wird von diesem zuerst schnoddrig beantwortet und dann wird die Diskussion darüber abgeklemmt.
- **1988:** Die Compagnie Financière Richemont lässt sich in Zug nieder mit dem SBG-Boss Niklaus Senn als Verwaltungsratspräsident. Es handelt sich um einen Ableger der südafrikanischen Rembrandt-Gruppe. Die Funktion der Zuger Gesellschaft ist es, die südafrikanische Herkunft von Firmen zu vertuschen. Dafür zügelt die Marimpex Mineral Oil AG nach Rapperswil. Das St. Galler Tagblatt veröffentlichte die Begründung des südafrikanischen Geschäftsführers Hasse: «Im Kanton Zug, wo verschiedene Rohstoff- und Handelsfirmen ihren Sitz haben, müsse man sich – anders als in Rapperswil – bei geschäftlichen Besprechungen im Restaurant vor unliebsamen Zuhörern in Acht nehmen.» (31.8.88).
- **1989:** Anlässlich der ersten Richemont-GV führen wir vor dem Casino eine Protestaktion durch, die landesweite Beachtung findet.
- **Nachtrag 2014:** Zu einer Kantonsrats-Interpellation der Alternativen – die Grünen betreffend Kollaboration des Zuger Rohstoffhandelsplatzes mit dem Apartheid-Regime äussern sich sieben Personen. Drei SVPLer und je zwei Freisinnige und Alternative. Alternative allein gegen die Kollaboration mit dem Apartheid-Regime.



Manchmal sagt eine simple Zahl mehr aus als viele Worte. Das Abgabekonzept für **Jodtabletten** ist drei Jahre nach Fukushima geändert worden. Noch dieses Jahr erhalten 4,6 Millionen Menschen die Pillen, welche verhindern sollen, dass sich bei einem Reaktorunfall radioaktives Jod in der menschlichen Schilddrüse anreichert. Bisher waren es 1,2 Millionen.

Mühleberg und Beznau so schnell wie möglich **abschalten** wäre wirksamer.

Anwendung des politischen Dreisatzes bei SVP-Fraktionschef Manuel Brandenberg an der Kantonsratssitzung vom 30. Januar 2014:

1. Traktandum 9, Brandenberg: «Die SVP ist eine staatstragende und wichtige Partei.»
2. Traktandum 11, Brandenberg: «Der **Staat** ist am Schluss immer ein Freiheitsberauben.»
3. Conclusio: Die SVP ist eine freiheitsberaubende Partei.

Das leichte Sein der staatlich freiheitlichen Regelung des Wohnsitzes im Kanton Zug geniesst der russische Oligarch Viktor **Vekselberg**. Der im Verwaltungsgerichtsurteil in farbiger und schon fast mitleiderregender Prosa geschilderte rastlose Lebenswandel des Herrn Vekselberg ruft geradezu nach humanitärem Asyl in Zug.

Dank Verwaltungsgericht publik geworden, aber in

den hiesigen Medien kaum thematisiert worden ist der eigentliche Skandal: Vekselberg wird nämlich günstig **pauschalbesteuert**. Wir dachten, der wohnt hier?

Die Pauschalbesteuerungsfanpartei hat für den **Regierungsrat** neben den beiden Bisherigen noch den eher farblosen Martin Pfister aufgestellt. Parteipräsident Gerhard Pfisters offizielle Begründung: «Es geht darum, dass die bürgerlichen Wähler auch wirklich eine Wahl haben. Wären sie bei zwei Kandidaten mit einem der beiden nicht zufrieden, so steht da noch ein dritter zur Wahl.»

Nun rätselt nicht nur die *Classe politique*, welcher **amtierende CVP-Regierungsrat** gemeint ist: der in Finanz- und Informatikfragen unglücklich agierende Peter Hegglin oder Sicherheitsdirektor Beat Villiger – zu ihm fällt uns gerade nichts ein.

Die Rechnung geht für RR Hegglin auch andernorts nicht auf, hat doch CVP-Nationalrat Gerhard Pfister in einem grossen Neujahrs-Interview ziemlich unverhohlen sein Interesse für den **Ständerat** angemeldet und gleichzeitig Hegglin kritisiert, dass dieser Präsident der eidgenössischen Finanzdirektorenkonferenz sei. Wenn Pfister kommt, kann Hegglin Bern vergessen.

Bös verrechnet hat sich die FDP-Fraktion im Kantonsrat beim **Öffentlichkeitsgesetz**.

Nachdem sie gar nicht darauf eintreten wollte, hat sie der unheiligen Allianz von SVP und Linken bei manchen Anträgen zum Durchbruch verholfen. In der Hoffnung, dass es der CVP dann doch zu öffentlich wird und diese am Schluss Nein sagt. Hat dann aber nur ein Teil der CVP gemacht und so haben wir nun ein Gesetz, das seinen Namen auch verdient. Nicht verdient hat die Fraktion den Begriff nach dem Punkt: FDP.Die Liberalen.

Dabei könnte sich die FDP doch ein gutes Beispiel an «ihrer» Zeitung nehmen: Die NZZ schafft mehr **Transparenz** im Bundeshaus. Mit einer interaktiven Datenvisualisierung legt sie die Interessensbindungen derjenigen offen, welche durch die National- und Ständeräte permanenten Zutritt ins Bundeshaus für direktes Lobbying erhalten. www.nzz.ch/aktuell/lobbying-im-bundeshaus/

Transparenz schafft das Bulletin beim Journalisten Charly Keiser, der für «Neue Zuger Zeitung» und «Zuger Presse» seit Neuestem das Ressort Gesellschaft – spricht: Boulevard – leitet. Keiser ist das grösste **Asset** der FDP für die kommenden Wahlen. Fast jeden Mittwoch trifft sich unter Führung von Andreas Kleeb eine kleine illustre freisinnige Gesellschaft mit Keiser auf dem Wildspitz. Kein Wunder, dass dort Keiser für seinen Artikel über das GeneralsekretärIn-Stelleninserat der alternativ-grünen

Regierungsrätin Weichelt mit Champagner gefeiert wurde.

Und damit ist ein weiteres Rätsel gelüftet: Keisers Journalistenkürzel kk. steht für **Kleeb** und **Keiser**.

Das kann sich nur die Schweiz leisten – unter dem Vorwand der Sanierung will eine grosse Mehrheit der CVP-, FDP- und SVP-National- und Ständeräte mehr als 2,5 Milliarden Franken am Gotthard **verlochen**.

Dass wir über 16 Milliarden in einen Bahntunnel investiert haben und den dann vielleicht optimal nutzen sollten – z.B. für eine rollende Landstrasse während der Sanierung des Gotthard-Strassentunnels – das interessiert die meisten Bürgerlichen in Bern nicht, Bundesrätin Leuthard inklusive.

Statt «Duschen mit **Doris**» heisst es bei den nächsten Wahlen dann vielleicht «Blochen mit Doris».

Und wie gross ist der Bedarf für diesen Tunnel eigentlich? Klein:

Autobahnen: Anzahl Fahrzeuge durchschnittlich pro Tag

Gotthardtunnel	17'000
Lugano	68'000
Genf	76'000
Crissier VD	95'000
Bern	101'000
Gubristtunnel ZH	117'000
Muttentz BL	126'000
Wallisellen ZH	144'000





26

Büchermail

Liebe Leute
 Wenn Ihr dieses BULLETIN in Händen habt, bin ich schon wieder zurück aus Leipzig. Ich habe mich nämlich entschlossen, endlich wieder einmal eine Buchmesse zu besuchen. In Leipzig ist diese viel kleiner und schöner als in Frankfurt – sagen meine Buchhändler-Freundinnen. Und weil dieses Jahr die Schweiz Gastland ist, verspricht es für uns natürlich ganz besonders interessant zu werden! Ich freue mich also, mit dem Zug durch Deutschland zu fahren mit echten Büchern im Gepäck! Folgende Titel von Schweizer Autorinnen und Autoren habe ich ausgewählt:

**Silvia Tschui:
 Jakobs Ross**

Verlag Nagel & Kimche
 Die junge Magd Elsie träumt von einer Karriere als Musikerin. Kein leichtes Unterfangen in der Schweiz im 19. Jahrhundert, in dem neben der festen sozialen Ordnung auch Gewalt und Aberglaube herrschen. Ein Teil der Geschichte spielt im Dorf Finstersee bei Menzingen.



**Verena Stefan:
 Die Befragung der Zeit**
 Verlag Nagel & Kimche
 1949 wird der Arzt Julius Brunner der gewerbsmäßigen Abtreibung angeklagt. Er hat es als seine Lebensaufgabe betrachtet, anderen Menschen zu helfen. Auch der jungen Kellnerin, die schwanger wurde von einem Mann, der längst mit einer anderen verlobt ist.



**Jürg Schubiger:
 Nicht schwindelfrei**
 Haymon-Verlag
 Pauls Gedächtnis ist sehr fadenscheinig und unzuverlässig geworden. Und manchmal weiss er auch nicht mehr, was sich gehört. Seine Umgebung behandelt ihn wie einen Kranken. Sie reagiert mit Mitleid und Ungeduld, zuweilen auch mit amüsiertem Verwunderung. Paul selbst dagegen empfindet seinen Zustand als durchaus angenehm: Befreit vom Ballast der Erinnerungen ist er offen für das, was der lebendige Augenblick anbietet. Mit unverstellter Freude kann er staunen über die kleinen Seltsamkeiten

des Alltags, die Kunst – und nicht zuletzt auch die Liebe.



**Andreas Neeser:
 Zwischen zwei Wassern**
 Haymon-Verlag
 Die Welle ist da, bevor man sie sieht – und nichts ist mehr, wie es war. Ein Paar pflückt Muscheln auf den Granitfelsen von Feunteun Aod in der Bretagne, als unvermittelt eine mächtige Brandungswelle vor den beiden aufsteigt. Véro wird unwiederbringlich ins offene Meer hinausgetragen, der Mann überlebt wie durch ein Wunder.



Mit herzlichem Gruss
 Susanne Giger

**Mittwoch, 2. April,
 Monatsbar der Alternative –
 die Grünen Zug**
 Ab 18.30 Uhr, Siehbachsaal, Chamerstrasse 33, Zug
 ab 20.15 Uhr Nomination für die Regierungswahlen im Oktober 2014

**Freitag, 4. April,
 Jahresversammlung des
 Forums Oberägeri**
 19 Uhr, Restaurant Rössli, Oberägeri

**Mittwoch, 9. April,
 Mitgliederversammlung
 der ALG-Unterägeri**
 19 Uhr, Buechholz 9, Unterägeri

**Mittwoch, 9. April,
 Jahresversammlung der
 ALG-Stadt Zug**
 19.30 Uhr, Altstadthalle, Unter Altstadt 14, Zug
 anschliessend Diskussion zum Stadttunnel

**Freitag, 11. April,
 General- und Nominations-
 versammlung der Grünen
 Steinhausen**
 19 Uhr, Restaurant Szenario, Steinhausen

**Samstag, 26. April,
 die ALG-Baar**
 9–11.30 Uhr, Samstag Markt beim Rathausplatz, Baar

**Freitag, 2. Mai,
 Jahresversammlung und
 Nomination für Wahlen
 der ALG-Baar**
 19 Uhr, Alterzentrum Martinspark, Baar



Montag, 5. Mai,
Verkehrsforum Cham zu
den Flamas der UHC, Kri-
Fo Alternative Cham
19.30 Uhr, Lorzensaal,
Cham

Mittwoch, 7. Mai,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen Zug
Ab 18.30 Uhr, Siehbach-
saal, Chamerstrasse 33, Zug
ab 20.15 Uhr Jahresver-
sammlung

Donnerstag, 8. Mai,
Jahresversammlung des
KriFo Alternative Cham
(Ort und Zeit: Kontaktiere
Homepage)

Samstag, 24. Mai,
Grüne Risch-Rotkreuz
(ehemals «Gleis 3 Alterna-
tive Risch»)
14–17 Uhr, Festplatz:
Standaktion am Risch4you

Mittwoch, 4. Juni,
Monatsbar der Alternative –
die Grünen Zug
Ab 18.30 Uhr, Siehbach-
saal, Chamerstrasse 33, Zug

Dienstag, 10. Juni,
Mitgliederversammlung mit
Nomination des Forums
Oberägeri
19 Uhr, Pfrundhaus,
Oberägeri

Mittwoch, 11. Juni,
Mitgliederversammlung
der ALG-Unterägeri
19 Uhr, Buechholz 9,
Unterägeri

Samstag, 21. Juni,
Forum Oberägeri
9–11 Uhr, Märchtbeizli am
Wuchemärkt, Oberägeri

Die Alternativen im Kanton Zug

**Alternative – die Grünen
Zug**
Postfach 4806
6304 Zug
041 711 99 09
www.alternative-zug.ch
info@alternative-zug.ch

Öffnungszeiten Büro
Alternative – die Grünen
Zug:

Montag 14–18 Uhr
Dienstag 9–13 Uhr
Donnerstag 9–13 Uhr

**Alternative – die Grünen
Baar**
Anna Lustenberger-Seitz
info@alternative-baar.ch

Grünes Forum Hünenberg
Rita Hofer
rita_hofer@bluewin.ch

**Alternative – die Grünen
Menzingen**
Barbara Beck-Iselin
b.beck-iselin@bluewin.ch

**Alternative – die Grünen
Unterägeri**
Cornelia Mayinger
cornelia.mayinger@datazug.ch

**Alternative – die Grünen
Stadt Zug**
Postfach 4805
6304 Zug
info@alternative-stadt.ch

Forum Oberägeri
Philipp Röllin
forum-oberaegeri@mymail.ch

Grüne Risch-Rotkreuz
(ehemals Gleis 3 Alterna-
tive Risch)
Irene Widmer
mail@gruene-rischrotkreuz.ch

Grüne Steinhausen
Postfach 123
6312 Steinhausen
steinhausen@alternative-zug.ch

Junge Alternative Zug
Postfach 4806
6304 Zug
junge.alternative@gmx.ch

KriFo Alternative Cham
Sha Ackermann und
Roman Ambühl
cham@alternative-zug.ch

**Alternative Grüne
Fraktion im Kantonsrat**
www.alternativefraktion.ch

Grüne Partei Schweiz
www.gruene.ch

Namentlich gezeichnete
Artikel unterliegen der
alleinigen Verantwortung
der AutorInnen.

BULLETIN
Nr. 1, März 2014
erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN

Adresse:
BULLETIN Alternative –
die Grünen Kanton Zug,
Postfach 4806, 6304 Zug,
bulletin@alternative-zug.ch

Redaktion:
Natalie Chiodi
Jonas Feldmann
Hansjörg Glauser
Lorenzo Martinoni

Lektorin:
Kathrin Graffe

Gestaltungskonzept:
S.H.E.D. GmbH

Produktion:
Satz, Bild und Druck:
DMG Zug, www.dmg.ch

Gedruckt auf Cyclus Print
(100% Recycling Papier)

Titelbild:
Paula Gisler

Nutzaufgabe:
800 Exemplare

Abonnement: Fr. 25.–
KleinverdienerInnen: Fr. 10.–
Unterstützungsabo: Fr. 50.–
Mitgliederbeitrag Verein
DAS BULLETIN: Fr. 100.–

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Redaktionsschluss
Nr. 2/2014:
Freitag 20. Juni 2014

Erscheinungsdatum:
Donnerstag 10. Juli 2014

«DAS BULLETIN»
im Internet unter
www.bulletin-zug.ch

P.P. 6304 ZUG

Adressberichtigungen melden:

Alternative - die Grünen Zug,

Postfach 4806, 6304 Zug

